

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung dankt dem Verlag Graswurzelrevolution für die freundliche Genehmigung zur auszugsweisen Veröffentlichung im Rahmen der "FES-Netzquelle „Spanischer Bürgerkrieg, 1936 – 1939“" in der hier vorliegenden PDF-Datei.

Die abgebildeten Auszüge sind der Ausgabe 1978 des Verl. Hoffmann und Campe (Hamburg) entnommen.

Eine Neuauflage des Titels wird September/Okttober 2006 im Verlag Graswurzelrevolution erscheinen.

Walther L. Bernecker

Anarchismus und Bürgerkrieg

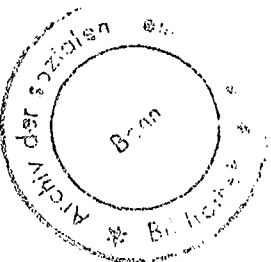
*Zur Geschichte der Sozialen Revolution
in Spanien 1936–1939*

Hoffmann und Campe

Inhalt

Meiner Mutter

Vorwort	9
Kapitel I	
Einführung in die Problemstellung	10
1. Thema und Methode	10
2. Die republikanischen Organisationen: Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick	20
Kapitel II	
Zur Interpretation des sozio-ökonomischen und politischen Wandels in der republikanischen Zone	27
1. Die kommunistische Deutung: Die »bürgerlich-demokratische« Revolution und die Herausbildung einer »demokratischen und parlamentarischen Republik neuen Typs«	27
2. Die anarchistische Deutung: Die »soziale« Revolution mit dem Ziel des »freiheitlichen Kommunismus«	36
Kapitel III	
Die Kollektivierung in der Landwirtschaft	45
1. Grundzüge der Agrarstruktur vor dem Bürgerkrieg	45
a) Zur sozio-ökonomischen Ausgangslage auf dem Land	45
b) Korrekturversuche durch systemimmanente Agrarreformpolitik während der Zweiten Republik	50
2. Die Agrarkollektivierung im Spannungsfeld zwischen Revolution und Reaktion: Bodenreform gegen Agrarrevolution	55
a) Die Agrarbeschlüsse der CNT: Die Kollektivierung der Landwirtschaft	57
b) Das sozialistisch-anarchistische Spannungsverhältnis: Nationalisierung versus Kollektivierung	72
c) Die Agrarpolitik der Kommunisten (PCE): Die Eindämmung der Revolution	77
d) Die Unió de Rabassaires (UDR): Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung in Katalonien	83
e) Die Agrarpolitik der Generalitat: Die »Revolution von oben«	91



CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bernecker, Walther L.

Anarchismus und Bürgerkrieg: Zur Geschichte d. sozialen Revolution in Spanien 1936-1939.

- 1. Aufl. - Hamburg: Hoffmann und Campe, 1978.
(Historische Perspektiven; 10)

ISBN 3-455-09223-3

1. Auflage 1978
© Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1978
Umschlag Jan Buchholz und Reni Hinsch
Gesetzt aus der Borgis Garamond-Antiqua
Gesamtherstellung Süddeutsche Verlagsanstalt, Ludwigsburg
ISBN 3-455-09223-3 · Printed in Germany

A78 1494

Einführung in die Problemstellung

1. Thema und Methode

Der Militäraufstand vom 17./18. Juli 1936 gegen die Zweite Spanische Republik war für große Teile der spanischen Arbeiterklasse, vor allem der anarcho-syndikalistischen (CNT) und linkssozialistischen (UGT) Industrie- und landlosen Agrararbeiter, Katalysator und auslösende Bedingung einer Sozialen Revolution auf republikanischem Territorium und traf als kurzfristig wirksamer Faktor auf eine Situation, deren Sozialstruktur zu den langfristigen Faktoren der ausgelösten Revolution gezählt werden muß¹.

Nach dem Fall der Monarchie (1931) und der Ausrufung der Republik waren die Arbeiter, vor allem auf dem Agrarsektor, bis 1933 durch zu schleppende und vorsichtige Reformen einer republikanisch-sozialistischen Regierungskoalition und die harte Repression eigenmächtiger Übergriffe², Ende 1933 bis Anfang 1936 durch eine reaktionäre Rechtsregierung (»schwarzes Doppeljahr«, *bienio negro*) enttäuscht und radikalisiert worden. Der Aufstand der Linken³ in Madrid, Barcelona und vor allem Asturien 1934 (»Spanische Oktoberrevolution«) hatte, zusammen mit der Wendung in der Komintern-Politik, den Zug zur Einheits-, dann zur Volksfront begünstigt; diese gewann am 16. Februar 1936 die Wahlen. In den folgenden Monaten konnten linksrepublikanische Minderheitsregierungen unter Manuel Azaña und Santiago Casares Quiroga dem politischen Terror kaum Einhalt gebieten. Inzwischen drängten auf der Linken Anarchisten (CNT/FAI), Linkssozialisten (UGT) und dissidente Kommunisten (POUM) zur Revolution, während auf der Rechten Gewalttaten fanatisierter Extremisten, vor allem von Falangisten⁴, an der Tagesordnung waren. Vor diesem Hintergrund monatelanger Streiks, spontaner Landbesetzungen, blutiger Straßenschlachten und ständiger Auseinandersetzungen zwischen Zivilgarde und Landarbeitern putschte die in ihrem Selbstbewußtsein durch die Militärreformen Azañas verletzte Armee. Der linke Sozialistenführer Francisco Largo Caballero – von seinen Anhängern als »Spanischer Lenin« umjubelt, von seinen Gegnern als Kerenskij verspottet –, der schon im Juni die Bewaffnung der Arbeiter gefordert hatte, betonte unmittelbar nach Ausbruch des Militäraufstandes dem Regierungschef gegenüber noch einmal die Notwendigkeit der Volksbewaffnung⁵. Ohne jedoch die Weisungen oder Einwilligung der Regierung abzuwarten, bewaffneten sich am 18./19. Juli die Arbeiterorganisationen – allen voran die Anarcho-Syndikalisten⁶ – selbst,

warfen sich den rebellierenden Truppen entgegen und verhinderten einen sofortigen Sieg der Aufständischen⁷. In den Landesteilen, in denen der nationalistische Aufstand niedergeschlagen werden konnte, wurde innerhalb weniger Wochen auf lokaler und regionaler Ebene das bestehende politische, soziale und ökonomische System weitgehend abgeschafft. Die Zentralregierung in Madrid und die autonome Regionalregierung von Katalonien, die Generalitat⁸, blieben zwar bestehen, die wirtschaftliche und politische Macht aber ging an neue soziale Gruppen über; das traditionelle System der Herrschaft wurde von Grund auf verändert.

Diese von den Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten schon seit Jahrzehnten, von den Linkssozialisten seit ihrer Radikalisierung während der Zweiten Republik angekündigte »Soziale Revolution« richtete sich nicht nur gegen den von vielen Zeitgenossen als monarchische Revolte fehlinterpretierten Aufstand⁹, sondern darüber hinaus gegen die Grundlagen der bestehenden kapitalistischen Ordnung, den Großgrundbesitz und das Privateigentum an Produktionsmitteln. Sie führte in großem Umfang zu Veränderungen in der hierarchischen Sozialstruktur und dem bis dahin durch den Latifundismus geprägten Landbesitzsystem. Die Entmachtung traditioneller Eliten, der Übergang der Latifundien in den Kollektivbesitz der Landarbeiter, die Beschlagnahme und Selbstverwaltung der Fabriken, der Aufbau einer neuen, aus Arbeiter- und Bauernmilizen hervorgehenden »Volks«-Armee, die Praxis einer »revolutionären« Justiz, die Alphabetisierungskampagne auf dem Land, in den Betrieben und Schützengräben und die Ausweitung der politischen Partizipation auf bis dahin marginalisierte Bevölkerungsteile legten die Grundlage für eine Emanzipation und Integration der Bevölkerungsmehrheit in das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Nation, die dem rapiden sozialökonomischen Wandel in der republikanischen Zone wegen seiner Bedrohung und zumindest partiellen Änderung etablierter Macht- und Gesellschaftsstrukturen revolutionäre Qualität bescheinigen. Unmittelbar nach dem militärischen Aufstand vom 17./18. Juli kam es in bestimmten, hauptsächlich traditionell CNT-beherrschten Landesteilen zu einer spontanen Kollektivierungsbewegung in der Landwirtschaft, der Industrie und den Dienstleistungsunternehmen, die sich auf dem Land schon seit den Volksfrontwahlen im Februar in Einzelfällen angekündigt hatte und vom linken Caballero-Flügel in der UGT gefördert worden war, die nun aber wie selbstverständlich auf die Industriebetriebe Kataloniens übergriff und politisch parallel lief zum Aufbau eines Selbstverwaltungssystems, das heterogene, räteähnliche Macht- und Verwaltungsorgane an die Stelle der abgesetzten, geflohenen oder freiwillig zurückgetretenen lokalen Machthaber setzte. Es waren hauptsächlich die in der anarcho-syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI, zu einem geringeren Teil auch die in der sozialistischen UGT und dem antistalinistischen POUM organisierten Arbeiter, die am 19. Juli – nach dem Zusammenbruch der republikanischen Staatsgewalt – die Enteignung und kollektive Bearbeitung größerer landwirtschaftlicher Güterbetrieben, die Übernahme vieler Industriebetriebe und der Dienstleistungsunternehmen vollzogen, lokale Machttäger entmachten und die Verwaltung in die eigenen Hände nahmen, das gesamte öffentliche Leben wieder in Gang brachten und kontrollierten. Ohne über ein

ausgereiftes theoretisches Konzept zu verfügen, stand für die Mehrzahl der Arbeiter von Anfang an fest, was später von der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft pausenlos wiederholt wurde: Daß sie nicht für die bürgerliche Demokratie, sondern für deren Überwindung, nicht für den Kapitalismus, sondern den (vorerst nur als Idealziel formulierten) »freiheitlichen Kommunismus«, nicht für die Fortführung des abhängigen Lohnverhältnisses, sondern für die Übernahme der Betriebe und die Selbstbestimmung im soziopolitischen Bereich kämpften. Noch bevor nach Besetzung der Fabriken, Betriebe und großen Ländereien für die Arbeiter das Problem der Organisationsformen aufgeworfen wurde, die den Kampf vorantreiben und nach Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft die Selbstverwaltung organisieren sollten, entstanden »revolutionäre« »antifaschistische« Komitees, die primär politische Funktionen, und Fabrik- und Kontrollkomitees, die vor allem innerbetrieblich-organisatorische Leitungs- und Überwachungsaufgaben übernahmen. Die Dynamik der Massenbewegung eilte allen politischen und wirtschaftlichen Plänen voraus und schuf vollendete Tatsachen, von denen jede spätere organisierte Einflußnahme und Lenkung ausgehen mußten.

Die vorliegende Arbeit unternimmt es, die nach dem 19. Juli 1936 entstandene Organisation der kollektivierten Agrar- und Industriewirtschaft unter den Bedingungen von Revolution und Bürgerkrieg zu betrachten, ihre Struktur aufzuzeigen sowie ihre Effizienz und Praktikabilität zu untersuchen. Sie fragt nach Triebkräften und Trägern, Struktur und Verlauf, Zielsetzung und Ergebnissen der hauptsächlich anarcho-syndikalistisch inspirierten revolutionären Bewegung, die in ihrer zeitlichen Expansion schwerpunktmäßig – jedoch nicht ausschließlich – bis zum Herbst 1937, in ihrer territorialen Ausdehnung vor allem für Katalonien, Aragonien und die Levante-Provinzen analysiert wird. Die temporale und territoriale Beschränkung auf einige Schwerpunkte der politischen und wirtschaftlich-betrieblichen Komitees, deren große Bedeutung im Prozeß der gesamten Revolution außer Zweifel steht, erscheint sachlich und methodisch gerechtfertigt und notwendig: Sachlich, weil sowohl Intensität als auch Extensität der revolutionären Erschütterungen während des ersten Kriegsjahres in den östlichen und nordöstlichen Regionen ihren Höhepunkt erlebten, methodisch, weil bei dem gegebenen Forschungs- und Quellenstand der Versuch, präzise Aussagen und Urteile zu formulieren, zugleich lokale und zeitliche Beschränkung und damit den Verzicht auf die – ohnehin fragwürdige – Absicht bedingt, die Totalität einer historischen Realität erfassen zu wollen. In einer Zeit, zu der einerseits in Ost und West die Begriffe »Anarchist« und »Anarchismus« als Abwehrbegriffe mehr oder weniger manipulativ in verblaßtem und gleichsam pejorativem Sinn – zumeist zur Bezeichnung von Störungen des etablierten Organisationssystems von Wirtschaft und Gesellschaft¹⁰ – verwendet werden und mit pseudo-wissenschaftlichen Methoden der Standort extremistischer Gruppen als der »gewalttätiger Anarchisten« zu beschreiben versucht wird¹¹, andererseits der klassische Anarchismus zwar »fast ausnahmslos« zur untergegangenen »historischen Episode« erklärt¹², gleichzeitig aber anarchistischen Prinzipien »angesichts der von zunehmender Bürokratisierung und von Verlust an Individualität geprägten modernen Industriegesellschaft . . . eine neue Chance«¹³ eingeräumt wird, muß eine Arbeit, die

den in seinem quantitativen Ausmaß historisch singulären Versuch der Realisierung einer freiheitlich-kommunistischen (»anarchistischen«) Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung thematisiert, nahezu unweigerlich in den Verdacht ideologischer Befangenheit geraten. Sie kann dieser Gefahr nur dadurch begegnen, daß sie das ihr zugrundeliegende »erkenntnisleitende Interesse«, ihre Auswahlkriterien und Fragestellungen möglichst explizit und konsistent darlegt.

Die Frage nach der Praktikabilität und Funktionsfähigkeit des konstruktiven Gegenentwurfs einer intentional herrschaftsfreien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung soll das analytische Mittel zur Strukturierung der Untersuchung sein. Es wird dabei nicht um das Problem der prinzipiellen Vereinbarkeit eines auf direktdemokratischen oder syndikalistischen Strukturelementen aufgebauten Wirtschaftssystems mit der Organisation des modernen Industriestaates oder um das Problem der (In-)Kompatibilität von direkt-demokratischem Räte-(Komitee-)System und repräsentativ-parlamentarischer Regierung gehen¹⁴; angestrebt wird vielmehr eine historische Betrachtung der politisch-revolutionären und der innerbetrieblich-wirtschaftlichen Komitees der Sozialen Revolution in ihrer konkreten, durch die geschichtliche Konstellation der Bürgerkriegssituation geprägten Erscheinungsform. Die Arbeit untersucht die Bewegung, durch die die lohnabhängigen Massen »das Kapitalverhältnis durch die Übernahme der Macht in den Betrieben aufzuheben und die organisierte Arbeiterklasse an den Arbeitsplätzen als Beherrscherin des Produktionsprozesses zu ersetzen« suchten¹⁵. Die »klassische« Diskussion über direkte und indirekte – auch industrielle – Demokratie soll in konkretisierender Einengung auf die Kollektivierungsbewegung und die Herausbildung revolutionärer Komitees eine Überprüfung der extrem divergierenden Urteile über dieses soziale Experiment ermöglichen. Die Frage nach der Tauglichkeit der Komitees für eine politische und soziale Demokratisierung sowie nach ihrer Funktion als potentielle Integrationsorgane einer Republik »neuen Typs« deutet bereits darauf hin, daß das Schicksal der spanischen Revolution 1936–1939 auf das engste mit Entstehung, Entfaltung und Niedergang der Komitees in den Kriegsmonaten verflochten war. Der Weg zu einem Urteil über Möglichkeiten und Grenzen einer staatlichen und wirtschaftlichen Neugestaltung Spaniens nach der gewaltsamen Abschaffung der Zweiten Republik führt deshalb nicht zuletzt über eine sorgfältige Untersuchung und Konfrontation von Wirklichkeit und Ideologie der revolutionären Komitees im Bürgerkrieg.

Die unterschiedliche Interpretation des sozio-ökonomischen Wandels konfrontierte die Verfechter der proletarisch-sozialen mit den Verteidigern der bürgerlich-demokratischen Revolution und ließ die Kollektivierungsbewegung in die Auseinandersetzung zwischen Anarchisten, Linksozialisten und dissidenten Kommunisten einerseits, mit den Republikanern, gemäßigten Sozialisten und »orthodoxen« Kommunisten andererseits geraten. Daher wird den ideologisch-politischen Konzeptionen (»Revolutionstheorien«) der PCE/PSUC-Kommunisten und der Anarchisten als Repräsentanten der beiden extremen Positionen zum Problem der Drosselung bzw. Weiterführung der Revolution besondere Bedeutung eingeräumt. Die Revolutionstheorien der verschiedenen ideologischen Lager sind zugleich das erforderliche Bindeglied

3. Agrarstrukturelle Veränderungen: Die Utopie in der Verwirklichung	95
a) Innere Organisation und »Verfassung« der Agrarkollektive	95
b) Rätedemokratie oder Komiteediktatur?	99
c) Entlohnungssysteme und Güterverteilung	104
d) Statistische Erfassung und Quantifizierung	113
4. Die Agrarkollektivierung: Zusammenfassung und Versuch einer Evaluierung	128

Kapitel IV

Die Kollektivierung in der Industrie und in den Dienstleistungsunternehmen	137
1. Zur sozio-ökonomischen Ausgangslage in der Industrie	137
a) Grundzüge der spanischen Industriewirtschaft am Vorabend des Bürgerkrieges	137
b) Kriegsbedingte Probleme der Wirtschaftsentwicklung	142
c) Die Betriebsübernahme durch die Arbeiter: Kollektivierte und kontrollierte Unternehmen	146
2. Die Wirtschaftsprogramme der Kommunisten und Anarchisten	149
a) Die Wirtschaftspolitik der Kommunisten: Nationalisierung, Zentralisierung, Militarisierung	149
b) Das Wirtschaftsprogramm von CNT und FAI: Vom libertären Credo zur zentralisierten Kriegswirtschaft	152
3. Die Anpassung der CNT an die UGT	160
a) Das gemeinsame Aktionsprogramm der katalanischen CNT und UGT (22. Oktober 1936): Identifizierung mit den Regierungszielen	160
b) Der CNT-UGT-Allianzpakt vom 18. März 1938: »Bakunin und Marx würden sich umarmen«	163
4. Die katalanische Regierungspolitik: Legalisierung der Revolution	167
a) Koordinations- und Leitungsgremien: Der Wirtschaftsrat von Katalonien / die Industrie- und Handels-Kreditkasse	170
b) Die Kanalisierung der Kollektivierungen: Das katalanische Kollektivierungsdekret vom 24. Oktober 1936 / Folgedekrete und Zusatzverordnungen	175
5. Von der Arbeiterselbstverwaltung zum staatsdirigistischen Interventionismus	186
6. Die Neustrukturierung der Industriewirtschaft und der Dienstleistungsunternehmen zwischen Etatismus und Syndikalismus: Vier Fallstudien	188
a) Die Kollektivierung der Textilindustrie in Katalonien	188
b) Die Kollektivierung der städtischen Dienstleistungsunternehmen in Barcelona	195
c) Die Syndikalisierung der Textilindustrie in Alcoy (Levante)	199
d) Die Nationalisierung der Kriegsindustrie	203
7. Die Industriekollektivierung: Zusammenfassung und Versuch einer Typologisierung	206

Kapitel V	212
Staat und Revolution	212
1. Das Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen und der Regierungseintritt der Anarchisten	214
2. Von der FAI-Versammlung (Juli 1937) zum MLE-Plenum (Oktober 1938): Bürokratisierung, Hierarchisierung und »Politisierung« des organisierten Anarchismus	223
3. Revolutionäre Gewalten auf lokaler Ebene	226
a) Komitees oder Räte?	226
b) Vom »comité« zum »ajuntament«: Der Verzicht auf demokratische Legitimation	232
4. Der Verteidigungsrat von Aragonien	235
5. Die revolutionäre Rückflut: Der Anarchismus in der Defensive	243
Schlußbetrachtung	248
Die Soziale Revolution: Chancen und Versäumnisse	248
Anhang	
Die Kabinette der Zentralregierung und der Generalitat (1936–1939)	259
Anmerkungen	263
Abkürzungsverzeichnis	331
Quellen- und Literaturverzeichnis	333
Summary	365
Personen- und Sachregister	367

zwischen der Analyse der Antriebskräfte und Strukturen auf der einen und dem Verlauf der Revolution auf der anderen Seite.

In dem Teil, der sich mit der Theorie des »freiheitlichen Kommunismus« als Handlungsanleitung zur Erreichung der herrschaftsfreien Gesellschaft beschäftigt, wird der Versuch einer genetisch-kritischen Rekonstruktion dessen unternommen, was die spanischen Anarchisten unter Kollektivierung und Sozialer Revolution verstanden. Dabei muß das Selbstverständnis der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT, ihr Stellenwert in der sozialökonomischen Umwälzung und ihre Auseinandersetzung mit anderen Organisationen des republikanischen Lagers, d. h. der Zusammenhang von Syndikalismus und Revolution im Spannungsfeld der ideologischen Bindungen sozialer Bewegungen, untersucht werden. Auf ökonomischem Gebiet erwuchs den Anarchisten mit den Kontroll- und Fabrikkomitees ein Konkurrent, der in den ersten Monaten nach dem 19. Juli beherrschende Positionen in der Produktion gewann. Weder im anarcho-syndikalistischen noch im kommunistischen Konzept war jedoch eine vollständige Selbstverwaltung der Arbeiter – ohne regulierende Intervention der Gewerkschaften bzw. Partei – oder eine Autonomie der Komitees vorgesehen. Ging es den Anarcho-Syndikalistinnen um Gewerkschaftskontrolle – ausgeübt durch die Betriebskomitees –, so waren die Kommunisten vielmehr an Staatskontrolle interessiert und wollten den Gewerkschaften keine Autonomie im ökonomischen Bereich zugestehen. Sehr bald kam es zwischen den Gewerkschaftszentralen und den Komitees zu Friktionen und Kompetenzstreitigkeiten, die sich um die Frage drehten, ob die Gewerkschaften den Komitees gegenüber weisungsbefugt seien und somit letztlich die Produktion kontrollieren und den ökonomischen Kampf der Arbeiter führen sollten, oder ob die Komitees, die sich als revolutionäre Selbstverwaltungsorgane autonom fühlten, auf wirtschaftlicher Ebene das Modell eines räteähnlichen Systems ohne externe Einflußnahme realisieren könnten. Unter diesem Aspekt werden die Komitees mit den Organisationen und Ideologien der Arbeiter- und Bauernschaft in Verbindung gesetzt und in ihrem Verhältnis zu Staat, Parteien und Gewerkschaften analysiert.

Der Kontext der innen- und außenpolitischen Ereignisse sowie des militärischen und diplomatischen Kriegsverlaufs wird weitgehend vorausgesetzt und nur dann in die Untersuchung miteinbezogen, wenn er zum Verständnis des Gesamtzusammenhangs unerlässlich ist. Dabei wird nicht übersehen, daß der Rahmen der hier untersuchten Thematik durch verschiedene Problemkreise abgesteckt wird, deren allgemeinsten – zugleich aber auch bedeutendsten – der Zusammenhang von Krieg und Revolution ist; die kollektivwirtschaftlichen Experimente wurden unter außergewöhnlichen, vom Kriegsverlauf wesentlich mitbedingten Umständen durchgeführt, deren Kenntnis – zumindest als restriktive Rahmenbedingung – für das Verständnis des Niedergangs der Bewegung unbedingt erforderlich ist.

Die Untersuchung ist in drei große Abschnitte gegliedert. Der erste behandelt die Kollektivierung im Primärsektor Landwirtschaft, der zweite im Sekundär- und Tertiärsektor Industrie und Dienstleistungsunternehmen; der dritte Abschnitt untersucht die politischen Komitees. Die gesonderte Betrachtung der Kollektivierung auf dem Land bzw. in der Stadt wird durch die weitgehend

unzusammenhängende Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren nahegelegt. Sie ist außerdem durch die territoriale Trennung gerechtfertigt: Während die Landwirtschaft in weiten Teilen der republikanischen Zone kollektiviert wurde, ging die Industrie schwerpunktmäßig in Katalonien in die Hände der Arbeiter über. Die vereinzelt Fälle von industrieller »Vergesellschaftung« in Madrid, Asturien und der Levante blieben – mit der einen Ausnahme von Alcoy – in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt. Die zusätzliche Unterscheidung zwischen »betrieblich-wirtschaftlichen« und »politischen« Komitees wird durch die verschiedene Art ihrer Entstehung, durch differierende Funktionen und unterschiedliche Wirkungskdauer erforderlich.

Die Analyse der Kollektivierungsbewegung verlangt zwei getrennte Ansätze: Zum einen muß der Ausgangspunkt, zum anderen die Bewegungsrichtung behandelt werden. Der konkret-empirischen Analyse der sozialen und ökonomischen Veränderungen in den untersuchten Sektoren werden Einführungen sowohl in die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, die sich aus der Situation der einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche am Vorabend des Bürgerkrieges ergaben, als auch in die Struktureinheiten, die nach dem 19. Juli 1936 einem sozio-ökonomischen Wandel unterlagen, vorausgeschickt, d. h., es wird Einsicht in die realen Voraussetzungen, Bedingungen und Ursachen der revolutionären Umwälzung vermittelt. Aus der Bestimmung des Ausgangspunktes der Bewegung ergibt sich die strukturelle Bedingtheit des sozialen Konflikts als Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die aus der Herrschaftsstruktur sozialer Organisationen hervowuchsen.

Der gesamtgesellschaftliche Charakter des Agrarproblems und seine direkte Widerspiegelung in der Sozialstruktur des Landes fordern eine Analyse, die die historische Entwicklung berücksichtigt. Daher folgt auf die Darstellung der ländlichen Besitz- und Sozialstruktur, die die historisch-hermeneutische Voraussetzung für das Verständnis der Landwirtschaftspolitik in den 30er Jahren ist, ein Überblick über die Agrarreformpolitik der Zweiten Republik, in der progressive Liberale und Reformer das einzige Mittel einer Systemstabilisierung sahen. Die sozio-ökonomische Situation auf dem Agrarsektor und die fehlgeschlagenen Korrekturversuche sind Voraussetzung und Hintergrund für das Wachstum des spanischen Anarchismus, der die Hauptträger der Kollektivierungsbewegung stellte, wenn auch zeitgenössische Quellen die Bedeutung revolutionärer Eliten und Individuen bewußt verschwiegen. Träger der Sozialen Revolution sollte das »Volk« als autonomes Kollektiv sein; der aus den Quellen erarbeitete empirische Sachverhalt läßt die sozio-ökonomische Umwälzung als eine Revolution der Namenlosen erscheinen.

In den Monaten vor Kriegsausbruch stellte der agrarische Süden einen der bedeutendsten sozialen Unruheherde Spaniens dar und trug wesentlich zur revolutionären »Gestimmtheit« der Landarbeiter bei. Die bisherige Forschung hat den Aspekt der Sozialen Revolution im Süden des Landes weitgehend unbeachtet gelassen. Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß einerseits die sozialrevolutionäre Bewegung in Extremadura und Andalusien wegen des militärischen Kriegsverlaufs sehr kurz war und außerdem fast nur lokalistischen Charakter trug¹⁶, andererseits die diffizile Quellenlage jede systematische Untersuchung unmöglich macht. Bei der konkreten Analyse der agrarischen

Kollektivierungsbewegung war es auch in dieser Arbeit nötig, die Schwerpunkte durch einen »Sprung« nach Aragonien, Katalonien und die Levante in diese Regionen zu verlegen, deren Entwicklung gleichwohl mittelbar von den anarcho-kollektivistischen Traditionen des südlichen Landesteils abhing und nur auf diesem Hintergrund verständlich wird. Der Untersuchung der sozial-ökonomischen Voraussetzungen und Antriebskräfte folgt die Analyse der verschiedenen agrarwirtschaftlichen Programme und die ereignisgeschichtliche, aus den Quellen gearbeitete Darstellung der Kollektivierungsbewegung auf dem Land.

Der zweite Abschnitt, der die Kollektivierung in der Industrie und den Dienstleistungsunternehmen Kataloniens zum Gegenstand hat, skizziert in einem einleitenden Kapitel die sozio-ökonomische Ausgangslage und die kriegsbedingten Probleme der Wirtschaftsentwicklung. Die Gegenüberstellung der ökonomischen Strukturuntersuchungen im Agrar- und Industriebereich leistet zugleich einen Beitrag zur Erklärung der Entstehung von Ungleichgewicht auf nationaler Ebene¹⁷. In Katalonien wirkte das rapide industriewirtschaftliche Wachstum nicht funktional systemstabilisierend, sondern wies vielmehr systemdesintegrierende Tendenzen auf, die z. T. aus dem Abbau nie fest verwurzelter Loyalitäten der Katalanen zu der als kastilische Diktatur empfundenen Zentralregierung resultierten. Verlauf und Ende der hier untersuchten Entwicklung der Kollektivierungsbewegung wurden nicht unwesentlich durch das zwischen Kastilien und Katalonien fortbestehende Spannungsverhältnis beeinflusst, das während der Republik- und Kriegsjahre die Auseinandersetzung zwischen Zentristen und Föderalisten Mittel- bzw. Randspaniens entscheidend prägte. Der Untersuchung der ökonomischen Voraussetzungen und der Darstellung der Massendynamik der ersten Tage folgt – entsprechend dem Aufbau des Agrarkapitels – die Analyse der Wirtschaftsprogramme der einzelnen Organisationen. Im Unterschied zur Agrarkollektivierung wurden die Veränderungen im industriellen Bereich von der Generalität legalisiert. Die Auseinandersetzungen um die Kollektivierungs-Gesetzgebung werden im Spannungsfeld zwischen Regionalregierung, Parteien und Gewerkschaftsbürokratie sowie Wirtschaftskomitees behandelt. Die Neustrukturierung der Industriewirtschaft bildete sich zwischen den entgegengesetzten Polen des Etatismus und Syndikalismus heraus; Fallstudien sollen die verschiedenen »Vergesellschaftungs«-Arten der Kollektivierung, Syndikalisierung und Nationalisierung gegeneinander abgrenzen. Ein abschließendes Kapitel versucht eine Typologisierung der unterschiedlichen Produktionseinheiten und eine Charakterisierung des sich herausbildenden, neuen Wirtschaftssystems. Die Durchsetzung des sozialrevolutionären Programms der CNT- und (linken) UGT-Mitglieder war ein machtpolitisches Problem. Im dritten Abschnitt geht es daher um den Zusammenhang von politischem Konflikt und wirtschaftlichen Entscheidungen. Veränderungen im politischen Kräftefeld hatten ihren unmittelbaren Niederschlag im Aufblühen bzw. der Stagnation oder dem Rückgang der kollektivwirtschaftlichen Experimente. Aus der Vielzahl lokaler und regionaler politischer Komitees werden drei Organisationstypen herausgegriffen und im Hinblick auf ihre unterschiedliche Entstehung, praktische Tätigkeit und politische Rolle untersucht.

Die Relevanz des Themas und der Fragestellung liegt angesichts anhaltender Diskussionen über Demokratisierungsmöglichkeiten und Mitbestimmungserweiterung in der Industrie einerseits, über größere Einflußnahme der Wähler auf staatliche Organisationen und Entscheidungen andererseits auf der Hand. Sie wird außerdem durch die Tätigkeit der inzwischen legal arbeitenden Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras), die schon vor Jahren die Tradition der Betriebskomitees als Organisationsform der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft aufgenommen haben¹⁸, das Ende der franquistischen »Entwicklungsdiktatur«¹⁹ und die damit ursächlich zusammenhängende, in letzter Zeit wieder besonders intensivierte Forderung der Exil-Anarchisten nach der Realisierung der Selbstverwaltung und des freiheitlichen Kommunismus durch das Mittel der direkten und revolutionären Aktion hervorgehoben²⁰. Hinzu kommt, daß der Stand der Forschung zur spanischen Kollektivierungsbewegung die Notwendigkeit einer systematischen, historisch-empirischen Untersuchung erkennen läßt, die auf einer gesicherten Quellenbasis der von Gegnern wie Befürwortern der Sozialen Revolution bisher betriebenen historisch-politischen Legendenbildung Einhalt gebietet. Denn über vierzig Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges gehört jener vornehmlich anarchistisch inspirierte, unter den Bedingungen eines internationalisierten Bürgerkrieges durchgeführte Versuch zur Errichtung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer noch zu den am wenigsten erforschten Themenbereichen spanischer Zeitgeschichte. Während des Bürgerkrieges war es vor allem die Totschweige-Politik der Kommunisten, die ein Bekanntwerden des sozialrevolutionären Experiments durch Anwendung strenger Zensurmaßnahmen für ausländische Journalisten verhinderte. Der stalintreue PCE interpretierte das Kampfgeschehen, unter Hervorhebung der deutsch-italienischen Intervention auf seiten der nationalen Truppen, als »national-revolutionären Befreiungskrieg«; der von den Anarchisten betonte soziale Inhalt des Krieges (als Klassenkampf) wurde vom PCE verleugnet. Neben den Kommunisten waren es vor allem die bürgerlichen Parteien sowie die republikanische Regierung und ihre Auslandsvertretungen, die durch Insistieren auf der demokratisch-parlamentarischen Legitimität des republikanischen Systems und der Legalität aller sozialökonomischen Veränderungen auf »loyalem« Territorium dazu beitrugen, daß die ausländische Öffentlichkeit nur äußerst unzulänglich über die Soziale Revolution informiert wurde. Nach 1939 ließ das franquistische Sieger-Regime keine wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Thematik zu. Die Geschichte des Bürgerkrieges hatte aus der nationalistischen Sicht des *Alzamiento Nacional* (der »Nationalen Erhebung«) als Kampf des »wahren« Spanien gegen Kommunismus und Atheismus dargestellt zu werden. Die wissenschaftliche Analyse möglicher Alternativen zum faktischen Kriegsausgang mußte unterbleiben. Die Diktatur Francos verhinderte die wissenschaftliche Aufarbeitung spanischer Zeitgeschichte; die Archive blieben geschlossen, nicht-konforme Darstellungen konnten nicht publiziert werden, die Geschichte des Bürgerkrieges wurde vor allem von Ausländern geschrieben.

Die noch während der Kriegsjahre erschienenen ersten Augenzeugen- und Erlebnisberichte ausländischer Beobachter (u. a. Kaminski, Orwell, Borkenau)

bewegen sich zumeist im deskriptiven Rahmen und beschäftigen sich lediglich mit bestimmten Erscheinungsformen der Sozialen Revolution, ohne einen Gesamtüberblick oder gar eine Analyse liefern zu können. Die (national-)spanischen Forschungsansätze blieben in den ersten Jahren nach 1939 im Bann der ideologisch-politischen Bürgerkriegsspaltung. Die Forschung über die Kollektivierungen wurde jahrelang nicht als historisch-kritische Wissenschaft betrieben, sondern als Legitimation des Siegerregimes verstanden. Erst in den 60er Jahren gab die spanische Historiographie ihre einseitig-nationalistische Ausrichtung zugunsten einer ausgewogeneren Darstellungsweise auf. Mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen jedoch (z. B. Pérez-Baró und Bricall) haben spanische Autoren bisher vor allem Randgebiete der Sozialen Revolution und deren Rahmenbedingungen untersucht, die sozialökonomische Transformation im engeren Sinne dabei jedoch nur tangiert. Auch auf internationaler Ebene mangelt es an monographischen Untersuchungen über die Revolution. Angelsächsische Historiker haben von einem politisch zumeist liberalen Standpunkt aus mehrere Gesamtdarstellungen zur Geschichte der 30er Jahre geliefert (u. a. Jackson, Payne, Brademas), dabei jedoch die revolutionäre Erschütterung in der republikanischen Bürgerkriegszone bei weitem nicht in ihrer vollen Tragweite erfaßt. Französische Autoren (z. B. Guérin, Mintz) vertreten einen bedeutend »linkeren« Standpunkt, der mitunter eine gewisse Affinität zu republikfeindlich-revolutionären Kräften erkennen läßt; jedoch haben auch sie bisher keine überzeugende Gesamtanalyse liefern können. Die Publikationen im deutschen Sprachraum behandeln hauptsächlich internationale, diplomatie- und militärgeschichtliche Fragen des Spanischen Bürgerkrieges und gehen kaum auf Probleme der sozialen Entwicklung in der republikanischen Zone ein.

Das umfangreichste Material zur Kollektivierungsbewegung haben Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten (u. a. Souchy, Leval, Peirats) zusammengetragen; allerdings können ihre apologetisch-idealisierenden Schriften kaum als wissenschaftliche Forschungsergebnisse betrachtet werden. Zumeist stilisieren sie die Soziale Revolution zur Geschichtslegende und glorifizieren sie im Dienste revolutionärer Traditionspflege. Einige haben zwar eine Systematisierung des von ihnen vorgelegten Materials versucht, eine befriedigende interpretatorische Analyse ist ihnen bisher jedoch nicht gelungen. Die orthodox-kommunistischen Darstellungen kommen, im Vergleich zu den anarchistischen Deutungen, zu völlig entgegengesetzten Schlußfolgerungen. Sie interpretieren das revolutionäre Geschehen der Bürgerkriegszeit uniform als die Vollendung der »bürgerlich-demokratischen Revolution«; die Soziale Revolution der Anarchisten, deren Ziele eindeutig über den »demokratischen« Rahmen der Revolution hinausgingen, wird in der kommunistischen Geschichtsschreibung (z. B. bei Sandoval, Kühne, Ibárruri) als psychologischer und wirtschaftlicher Mißerfolg abqualifiziert, das anarchistische Vorgehen auf ökonomischem und politischem Gebiet radikaler Kritik unterworfen²¹. Gemeinsam ist allen bisherigen Darstellungen der Sozialen Revolution, daß sie die vorhandenen Quellen nicht systematisch und umfassend genug ausgeschöpft haben. Für die vorliegende Arbeit konnten zwar auch bei weitem nicht alle zeitgenössischen Publikationen zum Thema und Abhandlungen lokalen

Charakters, genauso wenig wie die in zentralen und örtlichen Archiven evtl. noch vorhandenen, bisher jedoch unzugänglichen Quellen, eingesehen werden – eine alle örtlichen Entwicklungen und Besonderheiten berücksichtigende Darstellung war weder möglich noch beabsichtigt; die Untersuchung hat jedoch die wichtigsten bisher zugänglichen Quellen zum Thema herangezogen und ausgewertet²². Die Materialien sind allerdings zeitlich und örtlich nicht gleichmäßig verteilt. Am zahlreichsten sind sie für Katalonien, relativ umfangreich auch für Aragonien und die Levante-Provinzen, eher schlecht für Kastilien, Andalusien, Extremadura, Asturien und andere Gegenden, in denen es ebenfalls zu Kollektivierungen kam. Für die ersten Kriegsmonate, in denen die meisten Kollektivwirtschaften gebildet wurden, liegen die besten Informationen vor. Die Materialien nehmen nach Mai 1937 beträchtlich ab, um gegen Ende des Krieges – bedingt sowohl durch den ständigen Einflußrückgang der Anarchisten wie durch die zunehmende Dominanz des Militärischen – nahezu völlig zu versiegen.

Zu den in dieser Untersuchung verwendeten Quellen gehören – neben einigen zeitgenössischen und späteren Dokumentensammlungen, den Schriften zahlreicher Akteure der Revolution sowie einer umfangreichen Memoirliteratur – Pamphlete und Broschüren, vor allem jedoch die wichtigsten in Frage kommenden (insbesondere anarchistischen und kommunistischen) Zeitungen, veröffentlichte und unveröffentlichte Sitzungsprotokolle und -berichte der anarchistischen Lokal-, Bezirks-, Regional- und Nationalkongresse und -versammlungen, die Bulletins der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sowie die Rundschreiben des CNT-Nationalkomitees an die anarcho-syndikalistischen Lokal- und Bezirkskomitees. Die Presse jener Jahre ist nicht nur für die Historiker eine Hauptquelle; sie war auch für den syndikalistischen Millionenanhang die primäre Informationsquelle über Entscheidungen und Beschlüsse von Versammlungen und Komitees. Hinsichtlich ihres sachlichen Informationsgehaltes ist sie allerdings nur mit erheblichen Vorbehalten zu benutzen, da sie einerseits im weiteren Kriegsverlauf einer strengen Regierungszensur unterworfen war, andererseits eine ihrer wesentlichen Funktionen kriegspropagandistischer Art war: Sie sollte die Moral aufrechterhalten und zur begeisterten Anteilnahme am Kampfgeschehen anfeuern, weshalb ihre propagandistische Komponente – nicht nur gegenüber dem nationalen Feind, sondern auch gegenüber dem ideologischen Gegner im eigenen republikanischen Lager – der rein informativen zumindest gleichgesetzt werden muß. Für offizielle Texte – Gesetze, Dekrete, Erlasse etc. – wurden (für Katalonien) das »Butlletí«, für die Zeit nach dem 26. August 1936 das »Diario Oficial de la Generalitat de Catalunya« bzw. (für das übrige republikanische Territorium) der Staatsanzeiger »Gaceta de la República. Diario Oficial« herangezogen. Als weitere Quellen wurde die nahezu unübersehbare Fülle an Publikationen von Parteien und Gewerkschaften, an Sitzungsprotokollen und Resolutionen, Propagandabroschüren – V. Palacio Atard spricht nicht umsonst von einem »Krieg der Broschüren und Pamphlete«²³ –, Augenzeugen- und Erfahrungsberichten mit Informationen zum Themenkomplex der Sozialen Revolution herangezogen. Besonders angabenintensiv für konkrete Detailfragen ist das anarchistische »Boletín de Información CNT-AIT-FAI«, während

die zusammenfassenden Berichte über Verlauf und Beschlüsse von Konferenzen und Vollversammlungen eher die allgemeine Tendenz der Gewerkschafts- und Parteipolitik wiedergeben. Am problematischsten ist die Quellenlage in bezug auf die innere Organisation und das Funktionieren einzelner Kollektivwirtschaften. In den meisten Fällen gab es weder eine betriebswirtschaftliche Rechnungslegung noch Protokolle über den Verlauf von Vollversammlungen oder Komitee-Sitzungen. Erfahrungs- oder Rechenschaftsberichte liegen nur in sehr beschränktem Umfang vor. Außerdem beleuchten die bisher zugänglichen Quellen zumeist nur eine kurze Entwicklungsphase eines Kollektivs, häufig stellen sie nur eine Momentaufnahme dar. Diese Eigenart der Quellen erschwert in nicht unbeträchtlichem Ausmaß eine diachronische Analyse.

In der vorliegenden Arbeit wird die Kollektivierungs- und Selbstverwaltungs-bewegung im Spanischen Bürgerkrieg – analog zu einer sozialhistorischen Betrachtungsweise der Gesellschaft – »als veränderbares Ergebnis historischer Prozesse und Entscheidungen, als Resultat genutzter und versäumter Möglichkeiten analysiert«; dabei geht die Untersuchung davon aus, daß »Geschichte als historische Sozialwissenschaft auch einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der Gegenwart leisten und vernünftiges Handeln von Individuum und Gruppen erleichtern« kann²⁴. Die Analyse historischer Prozesse und Entscheidungen wirkt stets auf das gegenwärtige gesellschaftliche Bewußtsein zurück, von dem sie wiederum beeinflusst wird. Geschichte als Historische Sozialwissenschaft läßt sich nicht auf die Untersuchung des Vergangenen reduzieren, sondern bezieht die Dimension gegenwärtigen und zukünftigen sozialen Handelns in die Analyse ein. Unter der Perspektive eines erkenntnisleitenden Interesses, das im Zusammenhang der hier behandelten Thematik auf emanzipatorische Entwicklungsprozesse gerichtet ist, auf die Durchleuchtung der Widerstände, die sich ihnen entgegenstellten und damit auf die Vermehrung zukünftiger Durchsetzungschancen²⁵, soll in der folgenden Verlaufs- und Strukturanalyse der Kollektivierungsbewegung versucht werden, Erscheinungsformen und Mängel, Ausbreitung und Durchsetzung, Niedergang und Ende des Versuchs einer partizipativen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft während des Spanischen Bürgerkrieges problemgeschichtlich zu markieren.

2. Die republikanischen Organisationen: Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick

Verlauf und Niedergang der Sozialen Revolution hingen wesentlich vom Verhalten der maßgeblichen politischen Parteien und Gewerkschaften im republikanischen Spanien ab. In einem kurzen entwicklungsgeschichtlichen Überblick sollen deren Grundpositionen vor dem 19. Juli 1936 skizziert werden. Die Beschränkung auf den organisierten Anarchismus, die sozialistischen und kommunistischen Organisationen sowie die bedeutendsten republikanischen Parteien fällt dabei um so leichter, als auf die Parteien und Organisationen, die im politischen Spektrum »rechts« standen oder bei ideologischer Indifferenz in den Verdacht der Unterstützung des militärischen

Aufstandes geraten waren, schon deshalb verzichtet werden kann, weil sie in den ersten Kriegstagen vom politischen Horizont des republikanischen Spanien verschwanden.

Die spanischen Anarchisten waren seit 1910 in der revolutionär-syndikalistischen *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT), seit 1927 in der anarchistischen *Federación Anarquista Ibérica* (FAI) organisiert. Die Anfänge anarchistischer Organisation reichen allerdings in das Jahr 1868 zurück, als der Italiener Guiseppe Fanelli als Gesandter Bakunins in Spanien eintraf und die bereits in den 1840er Jahren in Katalonien gegründeten Gewerkschaften, die sich zu den sozialistischen Ideen antistaatlicher Tendenz, zur direkten Aktion als Kampf-waffe und zum Föderalismus im Sinne des von Proudhon beeinflussten Pi y Margall bekannten und Konsum- und Produktivgenossenschaften proudhoni-stischer Richtung gegründet hatten, mit der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) in Verbindung brachte²⁶. Bereits 1869 wurde in Madrid die *Federación Obrera Regional Española*, der regionale spanische Arbeiterbund, gegründet, der sich ein Jahr später der Ersten Internationale anschloß. 1870 fand in Barcelona der erste spanische Arbeiterkongreß statt²⁷, auf dem das Programm der Juraföderation – »in der Politik anarchistisch, in der Wirtschaft kollektivistisch, in der Religion atheistisch« – angenommen wurde. Die spanische Sektion der Internationale und somit die ganze »antiautoritäre« Bewegung der Internationalisten sprach breite Arbeiterschichten an und beeinflusste bis 1939 die gesamte nationale Arbeiterbewegung. Vor allem die Angaben Max Nettlaus²⁸ über die Entwicklung und organisatorische Situation der spanischen Internationale in den 1870er und 1880er Jahren belegen die konsequente Entwicklung des spanischen Anarchismus.

Nach der Wiederzulassung der Internationale durch die liberale Regierung Sagasta (1881) wurde die weitere Entwicklung des spanischen Anarchismus durch die vehementen Tendenzkämpfe zwischen den syndikalistisch organisierten Arbeitern Kataloniens, die den Bakuninschen Anarcho-Kollektivismus und seine Mittel (Massenbewegung, Generalstreik, Kollektivierung der Produktionsmittel, Entlohnung nach der Leistung) bevorzugten, und den andalusischen Befürwortern eines Anarcho-Kommunismus Kropotkinscher Prägung (autonome Gruppen, individuell-revolutionäre Tat, Terrorismus, Geheimgesellschaften, kein Privatbesitz an Konsumgütern, Entlohnung nach den Bedürfnissen) bestimmt. Die Auseinandersetzungen zwischen kollektivistischen Anarchisten und aufständischen Anarcho-Kommunisten endete Anfang des 20. Jahrhunderts in einem Kompromiß, der den Bakuninismus als Grundlage des Klassenkampfes und der Arbeiterorganisation und den »freiheitlichen Kommunismus« als Endziel im revolutionären Syndikalismus vereinigte. Dieser folgte der anarchistischen Tradition insofern, als er der »spontanen« Bewegung der Masse vertraute und in jeder »autoritären« Organisation ein Hindernis für die Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins sah. Die 1910 gegründete CNT blieb auch bei der den Anarchismus charakterisierenden konsequenten Ablehnung der partei- und verbandsförmigen Einflußnahme auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Sie übernahm vom Anarchismus die Lehre, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein müsse. Das Programm der CNT war allerdings

weder ein bloßes Wiedererstehen des Bakuninismus noch lediglich eine Übernahme des revolutionären französischen Syndikalismus. Die Philosophie des täglichen Lebenskampfes, der »direkten Aktion« (Streik, Boykott, Sabotage), trat neben die Auffassung vom Endkampf und bewaffneten Aufstand. Ein Generalstreik hatte stets revolutionären, niemals nur reformistisch-ökonomischen Charakter.

Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flügeln blieben im organisierten Anarchismus auch nach 1910 bestehen. Der Kurs der CNT schwankte zwischen dem Dogmatismus der extremistischen Fraktion und dem Pragmatismus einer gemäßigten Linie um Salvador Seguí und Angel Pestaña. Ausdruck der tastenden Unsicherheit des Anarcho-Syndikalismus waren sowohl der Pakt mit der sozialistischen UGT (1917) als auch der vorübergehende Eintritt (1920/1922) in die Komintern²⁹ bei gleichzeitigem Festhalten an den von Bakunin entworfenen Prinzipien. Ende 1922 trat die CNT der IAA bei³⁰, deren explizites Ziel es war, den Klassenkampf zu verschärfen, gegen ein Übergreifen politischer Parteien auf die Gewerkschaften anzukämpfen, schließlich den Kapitalismus und den Staat zu zerstören³¹. 1923 löste sich die CNT formal auf, um einer Zwangsauflösung durch Primo de Rivera zuvorzukommen. Da sich innerhalb der im Untergrund operierenden CNT in den folgenden Jahren die »reformistische« Strömung durchzusetzen begann, die zum Sturz des Diktators eine Zusammenarbeit mit republikanischen Parteien befürwortete, wurde 1927 auf einem illegalen Kongreß in Valencia die »Federación Anarquista Ibérica« als Geheimorganisation gegründet, die ihre Aufgabe darin sah, über die Reinerhaltung der Lehre Bakunins zu wachen und zu verhindern, daß sich die Arbeiter dem Reformismus und der Kooperation mit politischen Parteien oder dem sowjetischen Kommunismus und der Lehre von der Diktatur des Proletariats zuwendeten. Das Verhältnis zwischen CNT und FAI gehört zu den Grundproblemen der Gewerkschaftsbewegung während der Zweiten Republik. Die bisherige Forschung hat in der FAI die Kraft gesehen, die der syndikalistischen Massenbewegung – oft gegen deren eigenen Willen³² – die Richtung wies und somit ein Pendant zum Abhängigkeitsverhältnis der UGT vom PSOE darstellte. Auch kommunistische Darstellungen haben diesen Aspekt der Oktroyierung des anarchistischen Willens betont³³. Dabei ist jedoch zu gering veranschlagt worden, daß die CNT aufgrund ihrer historischen Genese keine reformistische Gewerkschaft darstellte (wie etwa die UGT bis zu ihrer Radikalisierung in der Zweiten Republik), sondern seit ihrer Konstituierung dem revolutionären Syndikalismus verpflichtet war. Nach dem kürzlichen Fund eines zusammenfassenden Berichts über die konstituierende FAI-Sitzung in Valencia³⁴ läßt sich zweifelsfrei sagen, daß die FAI von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit der CNT, aber keine Beherrschung der Gewerkschaft anstrebte. Das nicht immer problemlose Verhältnis beider Organisationen wurde durch den 1928 beschlossenen *trabazón* (Verband) bestimmt, der die »brüderliche Zusammenarbeit« (Peirats) zwischen CNT und FAI regeln sollte und nach Beginn des Bürgerkrieges in der stets gemeinsamen Verwendung der Initialen »CNT-FAI« manifest wurde. Beide Organisationen lehnten den bestehenden Staat ab und erstrebten eine »Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf der

Basis des freien Kommunismus durch die direkte revolutionäre Aktion der Unterdrückten«³⁵. Die verschiedenen Tendenzen innerhalb der CNT führten zu Beginn der Zweiten Republik zur Spaltung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft. 1931 verkündete die rein syndikalistische Richtung ein »Manifiesto de los Treinta« genanntes Programm³⁶ – deren Anhänger daraufhin »Treintistas« genannt wurden –, das sich gegen die angeblich drohende Vorherrschaft der minoritären FAI in der Gewerkschaftsbewegung auflehnte und die Unabhängigkeit des Syndikalismus und seinen Anspruch, sich selbst zu genügen, bestärkte. Eine Anzahl von Einzelsyndikaten, die einen gewissen Grad an Mitarbeit in der gegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vertrat, verließ unter der Führung von A. Pestaña die Dachorganisation CNT und gründete die »Oppositionssyndikate«. Wenn auch diese Gewerkschaften am Vorabend des Bürgerkrieges in die CNT zurückkehrten, blieb im Anarcho-Syndikalismus eine gemäßigte Richtung bestehen, die während des Bürgerkrieges erheblich an Einfluß gewinnen und die Entwicklung der CNT bis 1939 wesentlich mitbestimmen sollte.

Die 1879 gegründete Sozialistische Partei (*Partido Socialista Obrero Español* – PSOE) verfolgte das Ziel, die politische Macht mit legalen Mitteln zu erlangen. Auch die 1888 von Francisco Mora und Antonio García Quejido ins Leben gerufene sozialistische Gewerkschaft *Unión General de Trabajadores* (UGT) war reformistisch ausgerichtet und erstrebte den Aufstieg der Arbeiterklasse durch friedliche Mittel³⁷. Die sozialistische Bewegung war von Anfang an ein Zweig des europäischen Sozialismus der II. Internationale. Die Organisation wurde maßgeblich durch ihren Gründer Pablo Iglesias und den Einfluß Paul Lafargues und des französischen Marxisten Jules Guesde geprägt. Die von den Sozialisten errichteten »Volkshäuser« (*casas del pueblo*) wurden bald zu Sammel- und Mittelpunkt der im PSOE oder der UGT organisierten Arbeiter. Nach dem Ersten Weltkrieg entschieden sich die spanischen Sozialisten mehrheitlich gegen einen Eintritt in die Dritte Internationale; daraufhin trat ein beträchtlicher Teil der sozialistischen Führer, vor allem der Sozialistischen Jugendorganisation, aus der Partei aus und gründete 1921, zusammen mit einigen CNT-Dissidenten, die Kommunistische Partei.

Zu Beginn der Zweiten Republik war die Sozialistische Partei die einzige bedeutende Arbeiterpartei Spaniens. Sie übte großen Einfluß auf die UGT aus, der die Landarbeitergewerkschaft *Federación Nacional de Trabajadores de la Tierra* (FNTT) angeschlossen war. Die Sozialisten interpretierten den Übergang von der Monarchie zur Republik als »bürgerliche Revolution«, in der die politische Führung den republikanischen Parteien zufalle. Bald nach 1931 kam es in der republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten und in deren Gefolge zu Flügelbildungen innerhalb des PSOE, die bis 1939 unvermindert fortbestanden: Die drei verschiedenen sozialistischen Tendenzen wurden durch den »Zentristen« Indalecio Prieto, den »Revisionisten« Julián Besteiro und Largo Caballero als Vertreter des »revolutionären Voluntarismus« repräsentiert.

Vor allem nach der Niederlage im Oktoberaufstand von 1934 wurde der von Largo Caballero gesteuerte UGT-Kurs zusehends radikaler. Der Gewerkschaftsführer hatte sich in den ersten drei Jahren der Republik davon überzeugt,

daß der reformistische Kurs den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich war; ab 1934 trat er für die sofortige Durchführung einer sozialen Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats ein. Spätestens seit 1935 war der Riß im sozialistischen Lager unübersehbar. Der gemäßigt-reformistische Indalecio Prieto beherrschte den Parteivorstand und -apparat, der auf einen proletarisch-revolutionären Kurs gedrängte Largo Caballero kontrollierte die UGT. Diese lehnte (ebenso wie die CNT) den bestehenden Staat ab und erstrebte eine von Arbeitern durchgeführte, wenn auch unterschiedlich zielorientierte soziale Revolution. In Übereinstimmung mit dieser Rahmenprogramm waren es insbesondere CNT- und UGT-Mitglieder, die nach dem 19. Juli 1936 Krieg und Revolution für untrennbar hielten.

Die UGT zählte im Frühjahr 1936 fast 1,5 Millionen Mitglieder, während die CNT zu diesem Zeitpunkt nur ca. 1 Million gehabt haben dürfte. Während Katalonien, Ost-Andalusien und die Levante, aber auch Asturien, Galicien und Aragonien mitgliederstarke Hochburgen der Anarcho-Syndikalisten waren, stützte sich die UGT vor allem auf Angehörige der Arbeiterklasse in Asturien, Vizcaya, Madrid, Valencia sowie auf landlose Agrararbeiter und Minifundisten im Süden des Landes (Neu-Kastilien, Extremadura, West-Andalusien). Auch Büro- und Bankangestellte waren stark in der sozialistischen Gewerkschaft vertreten.

Der *Partido Comunista de España* (PCE) entstand als Folge der Meinungsverschiedenheiten der Sozialisten und Anarchisten über die Frage des Beitritts ihrer Organisationen zur Komintern³⁸. Nachdem PSOE/UGT und CNT nach anfänglichem Schwanken mehrheitlich einen Beitritt zur Dritten Internationale bzw. »Roten Gewerkschaftsinternationale« abgelehnt hatten, gründeten dissidente Sozialisten und Komintern-Anhänger, zu denen einige Anarcho-Syndikalisten stießen, 1921 den PCE, dessen numerische Bedeutung bis zum Bürgerkrieg allerdings gering blieb. Während der Republik war die KPS bei weitem die schwächste Organisation der Arbeiterbewegung. Da die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre als letzte Krise des Kapitalismus angesehen wurde, agitierte der PCE sofort gegen das republikanische System; er wandte sich entschieden gegen die neue parlamentarisch-demokratische Ordnung und – in Übereinstimmung mit der Kominternlinie – gegen die »Sozial-« und »Anarchofaschisten« und forderte eine Sowjetrepublik der Arbeiter, Bauern und Soldaten³⁹. 1934 gelang ihm die Gründung einer eigenen Gewerkschaftsorganisation, der (nie mehr als 150 000 Mitglieder umfassenden) *Confederación General del Trabajo Unitaria* (CGTU), die sich jedoch neben CNT und UGT nicht behaupten konnte und im November 1935 der UGT anschloß. In den letzten Jahren der Republik – vor allem nach dem VII. Kominternkongreß – forderte der PCE zuerst die Einheitsfront mit den Sozialisten, dann den »Volksblock« und schließlich die Volksfront aller »antifaschistischen« Kräfte. Mit Hilfe der Volksfront konnte sich der PCE aus seiner bisherigen Isolierung befreien, neue Mitglieder gewinnen und immerhin 17 Delegierte ins Parlament entsenden. Trotz gewisser kommunistischer Erfolge steht jedoch unzweifelhaft fest, daß der PCE am Vorabend des Bürgerkrieges so schwach war, daß er kein Gefahrenmoment für das parlamentarische System der Republik darstellte. Die nationalistische Begründung für den Militäraufstand, man habe einem

kommunistischen Umsturz zuvorkommen müssen, erweist sich in historischer Perspektive als durchsichtiger Propagandavorwand.

Unstimmigkeiten zwischen der stalinhörigen Parteiführung des PCE und der katalanischen PCE-Organisation *Federación Comunista Catalano-Balear* (FCCB) unter Joaquín Maurín führten zur Spaltung der Kommunistischen Partei. Maurín schloß sich mit seiner Gruppe einer kleineren Organisation, dem 1928 gegründeten *Partit Comunista Català* an, der einen katalanistischen Kurs vertrat; aus dieser Fusion ging 1930 der *Bloc Obrer i Camperol* (BOC) hervor. Parallel zum BOC bildete sich als weitere kommunistische Organisation die von Andrés Nin geführte, eng an Trotzki angelehnte Kommunistische Linksopposition (*Oposición Comunista de Izquierda* oder *Izquierda Comunista*) heraus, die sich im September 1935 mit dem BOC zum *Partido Obrero de Unificación Marxista* (POUM) (Arbeiterpartei für marxistische Einigung) zusammenschloß. Die neue Partei, die ihren Einflußbereich kaum über Katalonien ausdehnen konnte, wurde von ihren Feinden sofort beschuldigt, eine Agentur Trotzki zu sein; Trotzki selbst allerdings desavouierte und kritisierte den POUM, obwohl dieser die Vorstellung der »permanenten Revolution« in sein Parteiprogramm übernommen hatte.

Der POUM gehörte nicht der Vierten Internationale an. Die bloße Existenz dieser Partei, die im Juli 1936 kaum über 3000 Mitglieder zählte, veranlaßte den PCE zu heftigen Attacken gegen die Linkskommunisten, die zusammen mit der CNT und der linken UGT für eine sofortige Revolution plädierten. Im Gegensatz zu den Anarchisten jedoch, die eine Soziale Revolution forderten, und zu den Kommunisten (PCE), die vorerst eine »bürgerlich-demokratische« Revolution realisieren wollten, strebte der POUM eine sofortige »demokratisch-sozialistische« Revolution an⁴⁰. Er lehnte die Volksfront entschieden ab, da sie den Klassencharakter des Staates verschleierte und den Klassenkampf als Grundmaxime marxistischen Handelns aufgegeben habe. Die angestrebte Revolution werde dadurch charakterisiert, daß sie auf dem Land noch weitgehend »bürgerlichen« und in der Industrie bereits »sozialistischen« Charakter habe. Die Position des POUM lief auf die Alternative: Faschismus – Sozialismus hinaus. Um den drohenden Faschismus zu verhindern, sei ein sofortiger bewaffneter Aufstand erforderlich, der von Arbeitern und Bauern gemeinsam unter der Führung einer revolutionär-marxistischen Einheitspartei durchgeführt werden müsse.

Die »orthodoxen« Kommunisten Kataloniens, die dem »abtrünnigen« POUM nicht beitreten wollten, gingen 1936 ebenfalls an die Vereinigung ihrer Kräfte. Wenige Tage nach Bürgerkriegsbeginn schlossen sich die katalanischen Kommunisten mit einigen kleineren sozialistischen⁴¹ und katalanischen Gruppen zum *Partit Socialista Unificat de Catalunya* (PSUC) zusammen, der sofort unter kommunistischen Einfluß geriet und kurz nach seiner Gründung der Komintern beitrug. Generalsekretär war der frühere Sozialist Juan Comorera, der gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees des PCE war. Trotz größter Anstrengungen gelang es dem PSUC – der in Katalonien allerdings die UGT unter kommunistischen Einfluß bringen und kontrollieren konnte – nicht, größere Arbeitermassen von den Anarchisten zu den Kommunisten herüberzuziehen. Noch Anfang 1937 konstatierte der Augenzeuge Kaminski:

»Die neue vereinigte Partei repräsentiert heute nur einen kleinen Teil des katalanischen Proletariats«⁴².

Von den republikanischen Parteien behielten nach Bürgerkriegsbeginn nur zwei ihre politische Bedeutung: die *Izquierda Republicana* Manuel Azañas und die *Unión Republicana* Diego Martínez Barrios⁴³. Beide Parteien, die sich nur in Nuancen unterschieden, traten innerhalb des parlamentarisch-republikanischen Rahmens für eine umfangreiche Reformpolitik ein. Nach dem 19. Juli 1936 engagierten sie sich besonders für die Aufrechterhaltung der republikanischen Legalität. Die bedeutendste politische Organisation Kataloniens (vor und nach dem 19. Juli) war die liberal-katalanistische *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC), die das Kleinbürgertum und bedeutende Teile der (gewerkschaftlich in CNT oder UGT organisierten) Arbeiterschaft repräsentierte. Sie wurde außerdem von der einflussreichen Pächterorganisation *Unió de Rabassaires* (UDR) unterstützt. Parteivorsitzender und katalanischer Regierungschef war Lluís Companys. Die Partei hatte als wichtigste Punkte in ihr Programm die Forderung nach Autonomie, Föderation mit anderen »iberischen Völkern«, Menschen- und Bürgerrechte sowie Sozialisierung des Reichtums zugunsten der Gemeinschaft aufgenommen.

In den Parlamentswahlen vom 16. Februar 1936 siegte der Mitte-Links-Block, der sich als Volksfront konstituiert hatte. Während jedoch die Arbeiterorganisationen (PSOE, PCE) in der Volksfront ein Mittel sahen, um die »Revolution« – was auch immer sie darunter verstehen mochten – voranzutreiben, wollten die republikanischen Parteien (IR, UR) die Interessen des am politischen und wirtschaftlichen Status quo interessierten Bürgertums vertreten. Als nach dem 16. Februar die Linksrepublikaner die Regierung bildeten und das eher gemäßigte als »sozialistische« Programm zu realisieren trachteten, wurde sehr bald deutlich, daß die Arbeiterorganisationen nicht bereit waren, sich für die Verwirklichung »bürgerlicher« Reformziele einzusetzen. Die Republik erwies sich als zu schwach, um sich gegen die revolutionären Angriffe der landlosen Arbeiter einerseits und die zunehmende Aggressivität der Rechten andererseits zu verteidigen. Die Regierungen Azaña und (ab Mai 1936) Casares Quiroga waren mittelständisch, liberal und demokratisch, die Arbeiterparteien des Volksfrontbündnisses jedoch proletarisch, sozialistisch-kommunistisch und häufig revolutionär. Außerdem hatte das republikanische System unter der Gegnerschaft der Anarchisten zu leiden. In Anbetracht der geringen numerischen Bedeutung eines staatsbejahenden, republikanisch eingestellten Mittelstandes war die soziale Basis der Regierung zu schwach, um eine konsequent reformerische, zugleich jedoch nicht-sozialistische Politik durchzuführen⁴⁴. In den Monaten nach den Volksfrontwahlen wurde deutlich, daß die Reformpolitik der republikanischen Regierung die drängenden strukturellen Probleme der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht lösen konnte. Die Arbeiterorganisationen wiederum konnten (und wollten) ihre Mitglieder nicht davor zurückhalten, die lange versprochenen, jedoch nicht realisierten Veränderungen – vor allem auf dem Agrarsektor – auf revolutionäre Weise in Angriff zu nehmen.

Kapitel II

Zur Interpretation des sozio-ökonomischen und politischen Wandels in der republikanischen Zone

1. Die kommunistische Deutung: Die »bürgerlich-demokratische« Revolution und die Herausbildung einer »demokratischen und parlamentarischen Republik neuen Typs«

Der Verlauf der Kollektivierungsbewegung während des Bürgerkrieges wurde sowohl auf dem Land als auch in der Stadt maßgeblich vom militärischen Geschehen beeinflusst. In einigen Gegenden – z. B. in Andalusien und Extremadura – machte die Verschiebung der Fronten innerhalb kurzer Zeit hoffnungsvolle Ansätze zunichte, in anderen – z. B. in Aragonien – konnten sich Agrarkollektive zwar längere Zeit relativ autonom entfalten, eine Durchstrukturierung auf regionaler Ebene aber nur ansatzweise realisieren. Die Schwierigkeiten der Kollektivwirtschaften waren jedoch nicht ausschließlich, häufig nicht einmal primär militärisch bedingt: Hinzu kam auf lokaler und regionaler, insbesondere auf gesamtstaatlicher Ebene die Gegnerschaft der Republikaner, der gemäßigten Sozialisten und Kommunisten, die über den Staatsapparat verfügten und ihn bedenkenlos zur Verfolgung ihres legalistischen Kurses einsetzten.

Die antikollektivistische Politik des PCE resultierte aus dessen Interpretation der Revolution in der republikanischen Zone. Die politisch-ökonomische Entwicklung nach der Ausrufung der Zweiten Republik (1931) war in der Revolutionstheorie der Kommunisten als Beginn der »bürgerlich-demokratischen« Revolution bezeichnet worden¹; gleichzeitig hatte der PCE seine Anhänger aufgerufen, die bürgerlich-demokratische Revolution durch Gründung einer Sowjetrepublik der Arbeiter, Bauern und Soldaten fort- und in eine sozialistische überzuführen, deren Träger das Proletariat sein würde. Vier Monate nach Ausrufung der Republik forderte das kommunistische Zentralorgan *Mundo Obrero* als »unausweichliche Notwendigkeit« die Schaffung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten zur Eliminierung aller »konterrevolutionären Spuren«². Dieser auf Druck der Komintern verfolgte, den spanischen Verhältnissen völlig unangemessene linksextreme Kurs³ führte zur vollständigen Isolierung des PCE von den übrigen Arbeiterorganisationen. Die Anfang Mai 1934 in Moskau beschlossene Wendung der Komintern-Politik⁴ wurde 1935 für alle kommunistischen Parteien verbindlich. Der inzwischen völlig stalintreue PCE hatte die neue Einheitsfrontpolitik sofort übernommen und sie während des Asturien-Aufstandes im Oktober 1934 in Form der »Arbeiteral-

anzen« in praktisch-politische Handlung umgesetzt¹. Bereits einige Monate vor dem 7. Komintern-Kongreß hatte der PCE die ursprünglich »revolutionären« Forderungen aufgegeben; im Juni 1935 vertrat er ein Programm, dem auch liberale Republikaner zustimmen konnten: Er forderte entschädigungslose Enteignung der Ländereien des Adels, der Kirche und der Klöster und Übergabe des Bodens an Einzelbauern und Landarbeiter, Autonomie für Katalonien, das Baskenland und Galicien, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Amnestie für alle revolutionären und politischen Gefangenen⁶. Die Diktatur des Proletariats blieb zwar weiterhin proklamiertes Endziel der kommunistischen Politik, wurde jedoch gleichzeitig ad calendas graecas vertagt. Die theoretische Begründung der PCE-Haltung jener Jahre lieferte der Kominternbeauftragte Palmiro Togliatti. Nach seiner Interpretation kämpfte die KPS »nicht nur für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sondern auch für eine breite antifaschistische Volksfront, die die eigentümliche Entwicklungsform der spanischen Revolution in der gegenwärtigen Etappe darstellt«⁷. In ihrer Einschätzung der revolutionären Situation sahen die Kommunisten am Vorabend des Bürgerkrieges deutliche Parallelen zur Leninschen Interpretation der Revolution in Rußland⁸. Da die spanische Bourgeoisie ihre historische Aufgabe – vor allem die Lösung der Agrarfrage – nicht erfüllt habe, als revolutionäre Kraft aber inzwischen vom Proletariat überflügelt worden sei, falle letzterem die Durchführung der wichtigsten Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu, die deshalb nur eine kurze Übergangsphase zur proletarischen Revolution darstelle. Die verspätete kapitalistische Entwicklung Spaniens habe die spanische Bourgeoisie vor die Aufgabe gestellt, »eine bürgerliche Revolution in der Epoche des Imperialismus durchzuführen, da die Bourgeoisie bereits zu einer reaktionären Klasse geworden ist und die proletarische Revolution bereits drohend ihr Haupt erhebt. Daher das ständige Schwanken der spanischen Bourgeoisie zwischen Revolution und Reaktion«⁹. Das »entscheidende strategische Problem der im Gang befindlichen Revolution in Spanien« bestehe darin, die »Masse der Landarmut unter Führung des industriellen Proletariats zu revolutionären Aktionen im ganzen Lande . . . zusammenzufassen«¹⁰. »Der Kampf gegen die Überreste des Feudalismus, die Adelsclique, die monarchistischen Offiziere, die Kirchenfürsten, gegen die faschistische Knechtung« werde in der bürgerlich-demokratischen Phase der Revolution »für die Verteidigung der Freiheit und der Republik«, »um die Rettung von Volk und Land vor fremdländischer Knechtung« und für die »von der altkastilischen Adelskaste unterdrückten Katalonier, Basken, Galicier« geführt¹¹. Da in den fünf Republikjahren die Aufgaben der »bürgerlichen« Revolution nicht erfüllt worden waren, galt für die Kommunisten 1936 unverändert: »Noch immer steht die bürgerlich-demokratische Revolution als unmittelbar zu lösende historische Aufgabe auf der Tagesordnung, die Wegräumung einer ganzen Reihe von Hindernissen der proletarischen Revolution«¹². Während der PCE 1931 eine Sowjetrepublik der Arbeiter, Bauern und Soldaten gefordert hatte und der reformistische PSOE zur konstruktiven Mitarbeit im Staat bereit gewesen war, setzten sich 1936 die Kommunisten für die Verteidigung der Republik ein, während (mit Ausnahme des reformistischen Flügels um

Indalecio Prieto) die radikalisierten und auf einen Linkskurs gedrängten Sozialisten – die in dieser Frage von den ihren antistaatlichen Prinzipien treugebliebenen Anarchisten unterstützt wurden – eine »soziale« Revolution und die Abschaffung der bürgerlichen Republik forderten. Für den linkskommunistischen POUM wiederum hatte die Revolution »demokratisch-sozialistischen Charakter«, der das Land vor die Alternative: Sozialismus – Faschismus stelle¹³ und eine sofortige Diktatur des Proletariats erforderlich mache. So wie 1931 stieß die PCE-Politik auch 1936 auf den Widerstand der breiten, in UGT und CNT organisierten Arbeitermassen, die bereits ab Februar 1936 entgegen den gemäßigten Vorstellungen der Volksfront-Wahlplattform an die gewaltsame Realisierung früherer sozialer Forderungen gegangen waren.

Die insbesondere durch die Politik der CEDA-Regierung bewirkte Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte ließ nach den Februar-Wahlen 1936 die Fortführung des republikanisch-parlamentarischen Systems immer schwieriger erscheinen. Während einerseits große Teile der Arbeiterschaft, je nach ideologischer Ausrichtung, den freiheitlichen Kommunismus, die Diktatur des Proletariats oder (allgemein:) eine soziale Revolution als ihr unmittelbares Ziel postulierten, andererseits ganz offen von einer konterrevolutionären Bewegung gesprochen wurde und die Arbeiterzeitungen nahezu täglich vor einem »faschistischen« Putsch warnten, während die Zweite Republik unter den Schlägen von rechts und links zusammenzubrechen drohte, warf sich der PCE in seiner »bürgerlich-demokratischen« Interpretation der revolutionären Phase zu ihrem treuesten Verteidiger auf. Von Februar bis Juli 1936 durchzogen die kommunistischen Parlaments-Abgeordneten das ganze Land und riefen die Arbeiter dazu auf, »die Volksfront und die Regierung zu stärken und zu unterstützen« sowie »jederzeit bereit zu sein, die Republik zu verteidigen«¹⁴. Die PCE-Vertreter in den Cortes wollten »aus der parlamentarischen Tribüne eine Tribüne der Verteidigung der Demokratie gegenüber der Reaktion machen«¹⁵.

Um dem befürchteten »faschistischen« Aufstand mit vereinten Kräften entgegentreten zu können, propagierte der PCE auf allen Ebenen eine Einheitsfrontpolitik, die der ständig wachsenden Gefahr eines Militärputsches Rechnung tragen sollte. Er forderte nicht nur das gemeinsame Vorgehen der beiden Gewerkschaftszentralen CNT und UGT, sondern betrieb darüber hinaus den Zusammenschluß der sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen und strebte eine sozialistisch-kommunistische Einheitspartei an. Die Linksozialisten erkannten hinter diesem kommunistischen Werben jedoch sehr bald, daß die Einheitsbestrebungen des PCE nicht nur Ausdruck der Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen den drohenden Faschismus waren, sondern in hohem Maße Mittel des Machtkampfes zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig erhob der PCE den monopolistischen Anspruch auf revolutionäre Initiativen sowie auf die theoretische und praktische Führung der Arbeiterschaft. Die Forderung des PCE-Generalsekretärs José Díaz, die angestrebte proletarische Einheitspartei müsse der Komintern beitreten, sowie die divergierenden Interpretationen der revolutionären Situation¹⁶ hielten die sozialistischen Politiker, die z. T. – allen voran Largo Caballero – den Vorschlag einer Fusion der Sozialistischen und

Kommunistischen Partei zeitweise unterstützt hatten, von einem Zusammengehen mit dem PCE ab, konnten aber die sozialistische Jugendorganisation *Federación de Juventudes Socialistas* unter Führung von Santiago Carrillo nicht daran hindern, am 4. April 1936 zusammen mit der numerisch viel unbedeutenderen kommunistischen Jugendorganisation *Unión de Juventudes Comunistas* die Vereinigte Sozialistische Jugendorganisation *Federación de Juventudes Socialistas Unificadas* (JSU) zu bilden, die mit ihren 200 000 Mitgliedern einige Monate nach Beginn des Bürgerkrieges dem PCE beitrug¹⁷.

Die Soziale Revolution konfrontierte den PCE in seiner Doppelfunktion als Komintern-Organisation und nationale kommunistische Partei mit zahlreichen taktischen und ideologischen Problemen. Die Haltung der spanischen Kommunisten zu den durch den Bürgerkrieg aufgeworfenen Problemen wird nur verständlich, wenn das Verhältnis des PCE zur UdSSR in die Betrachtung mit einbezogen wird. Hinter diesem methodischen Vorgehen steht demnach die Annahme, daß der PCE als Komintern-Sektion nicht autonom agieren konnte, sondern ein Subsystem war, dessen Verhalten in wesentlichen Teilen aus seiner Anpassung an die bestimmenden Anweisungen des Kreml und als Funktion sowjetrussischer Außen- und Interessenpolitik resultierte. Mit dieser Verschränkung der Handlungsebenen werden die durch die sozio-ökonomischen Strukturen bedingten internen Abhängigkeiten dieser Partei durch externe ergänzt. Das Gewicht dieser externen Einflußfaktoren und ihre Bedeutung für die Revolutionstheorie der spanischen Kommunisten sollen im folgenden hervorgehoben werden: Als Führerin der Weltrevolution fühlte sich die Sowjetunion zur Unterstützung der spanischen Republik verpflichtet; in einem Telegramm an das ZK des PCE vom 16. Oktober 1936 ließ Stalin auch keinen Zweifel am internationalen Charakter des spanischen Krieges¹⁸:

Die Werktätigen der Sowjetunion erfüllen nur ihre Pflicht, indem sie den revolutionären Massen Spaniens nach Kräften Hilfe leisten. Sie sind sich darüber klar, daß die Befreiung Spaniens vom Joch der faschistischen Reaktionäre keine private Angelegenheit der Spanier ist, sondern die gemeinsame Sache der gesamten fortschrittlichen Menschheit.

Unter Hervorhebung der deutsch-italienischen Intervention auf seiten der nationalen Truppen wurde das spanische Kampfgeschehen schon bald als »national-revolutionärer Befreiungskrieg« interpretiert¹⁹. Außerdem reihten die Kommunisten den Kampf in die Tradition des 2. Mai 1808 ein²⁰, wodurch sie den sozialen gegenüber dem nationalen Gehalt des Kampfes zurücktreten ließen. Um den »bürgerlichen« Charakter der Revolution zu betonen, verglichen sie die revolutionären Ereignisse der ersten Kriegstage mit der in der Französischen Revolution »vom Konvent verordneten Beschlagnahme der Güter jener, die mit der Waffe in der Hand gegen die Republik kämpften«²¹. (Demgegenüber sahen sich die Anarchisten 1936 in der Nachfolge der Pariser Commune²².)

Die von den Arbeitern in den ersten Bürgerkriegstagen spontan initiierte Soziale Revolution brachte die UdSSR in ein echtes Dilemma. Die Außenpolitik der Sowjetunion war Mitte der 30er Jahre – auf dem Hintergrund eines »tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungsprozess(es)« infolge der landwirtschaftlichen Zwangskollektivierung und forcierten Indu-

strialisierung²³ – wesentlich durch »das absolut vorrangige Sicherheitskalkül und -bedürfnis des Sowjetstaates und seiner Führungsspitze« geprägt; die »ausgesprochene Koexistenz- und Sicherheitspolitik«²⁴ der UdSSR, die ausschließlich an den eigenen Sekuritätsinteressen ausgerichtet war und zu deren Wahrung den Apparat der Komintern einsetzte, war an einer Vertiefung des durch den Pakt vom 2. Mai 1935 mit Frankreich eingeleiteten Verhältnisses zu den Westmächten interessiert. Die in Moskau verbreitete Furcht vor einem möglichen Zusammengehen Englands und Frankreichs mit Deutschland auf Kosten der UdSSR ließ die Sowjetführer zu großem Entgegenkommen gegenüber den Westmächten bereit sein.

Ein Übereinkommen mit diesen konnte die Sowjetunion jedoch nur dann als realistisches Ziel anstreben, wenn sie (zumindest als taktisches Manöver kurz- und mittelfristiger Reichweite) das Ziel der Weltrevolution zugunsten einer pragmatischen, den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Westmächte angepaßten Politik der Mäßigung aufgab. »Wenn Stalin an Litwinows Völkerbundpolitik festhalten wollte, konnte er nicht gleichzeitig eine echte Sowjetbewegung unterstützen«²⁵. In Anbetracht der außenpolitischen Situation der UdSSR war die Politik des PCE daher seit Beginn des Bürgerkrieges darauf ausgerichtet, den Wandel auf republikanischem Gebiet als Vollendung der 1931 begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution erscheinen zu lassen; alle sozial, wirtschaftlich oder politisch darüber hinausreichenden Maßnahmen sollten verhindert, notfalls gewaltsam unterdrückt werden²⁶. Bereits Ende Juli 1936 erklärte das ZK des PCE²⁷, es gehe in Spanien um die Verteidigung der Republik und der Demokratie und um die Durchführung der Revolution, die in Frankreich »vor mehr als einem Jahrhundert« vollendet worden sei.

Zu den ideologischen traten die Behinderungen durch das militärische Geschehen, das ab Sommer 1937 – dem Zeitpunkt des Verlustes der bis dahin republikanisch gebliebenen rohstoffreichen Nordprovinzen – eine mögliche Niederlage der Republik erkennen ließ. Die angespannte Lage der Republik und deren faktischer Boykott durch die im Londoner Nichteinmischungsausschuß vertretenen Staaten ließ die tatsächliche Abhängigkeit der spanischen Regierung von den sowjetischen Waffenlieferungen offensichtlich werden. Der UdSSR wiederum war mit den Waffen ein willkommenes Pressionsmittel zur maßgeblichen Beeinflussung der republikanischen Politik in die Hand gegeben. Die Sowjetunion ließ es auch nicht weder an direkten noch an mehr oder minder verklaußulierten Aufforderungen an die spanische Regierung fehlen, die vom PCE verfolgte Politik zu sekundieren. Das EKKI und die sowjetrussische Führung waren jedoch peinlich bemüht, jeden Verdacht einer Einmischung in innerspanische Angelegenheiten zu vermeiden. Die Einflußnahme auf die spanischen Kommunisten war trotzdem unverkennbar: In einer Ende Dezember 1936 abgegebenen Erklärung »billigte« das EKKI²⁸ ausdrücklich

die Linie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens, die Parteimitglieder und Volksmassen zum Kampfe gegen die Vernichtung des parlamentarischen Regimes und die Errichtung der faschistischen Diktatur anstrebbenden Faschisten mobilisiert; die Linie auf Verteidigung und Festigung der alle Rechte und Freiheiten des spanischen Volkes gewährleistenden demokratischen parlamentarischen Republik, der Republik der Volksfront [. . .]

Moskau wies den Verdacht, die Sowjetregierung verfolge in Spanien eigene Interessen, entschieden zurück: »Die Sowjetregierung und die Sowjetöffentlichkeit verfolgen keine irgendwelchen eigenen Interessen in Spanien«²⁹. Das Interesse der UdSSR am Spanischen Krieg sei durch das Eingreifen der »faschistischen Interventionen« bedingt, die die Auseinandersetzung zu einem Kampf zwischen »Reaktion« und »Fortschritt« machten. Jedes aktive Eingreifen in innerspanische Angelegenheiten wurde abgelehnt: »Die Frage der Staatsordnung und der Wirtschaftsformen Spaniens ist eine innere Angelegenheit nur der Spanier selbst. Sie und nur sie sind berechtigt, die Frage über die Regelung ihrer Lebensverhältnisse auf ihrem eigenen Boden zu entscheiden«³⁰. Wie sehr jedoch die Haltung des PCE tatsächlich von den Moskauer Direktiven abhängig war, erhellt der Umstand, daß im September 1936 zwei Kommunisten Regierungsverantwortung übernahmen, obwohl das PCE-Politbüro sich dagegen ausgesprochen hatte, »accepter la responsabilité de collaborer au gouvernement d'un régime démocratique petit-bourgeois«³¹.

Der Einfluß Moskaus nahm während des Bürgerkrieges außerordentlich zu. Der Italo-Argentinier Vittorio Codovila (»Medina«, »Pedro«), der Italiener Palmiro Togliatti (»Alfredo«, »Ercoli«) und der Ungar Ernő Gerő (»Singer«) nahmen als Komintern-Vertreter regelmäßig an den Sitzungen des PCE-Politbüros teil und stellten de facto die Führung der Partei dar³². Die politische und militärische Unterstützung der spanischen Republik wurde von deren Anpassung an Moskauer Wünsche abhängig gemacht³³; der Ausschluß des POUM aus der katalanischen Regierung im Dezember 1936 war der Preis für die weitere Unterstützung seitens der UdSSR.

Einen der offensichtlichsten Eingriffe in innenpolitische Angelegenheiten Spaniens stellte das von Stalin, Molotow und Woroschilow am 21. Dezember 1936 unterzeichnete Schreiben an Premierminister F. Largo Caballero dar, in dem die Sowjetführer dem spanischen Regierungschef vier »freundschaftliche Ratschläge« gaben³⁴: Die Regierung solle sich der bäuerlichen Mittelschicht annähmen, die im Agrarland Spanien von großer Bedeutung sei; sie solle die kleine und mittlere städtische Bourgeoisie auf die Seite der Regierung ziehen, sie vor Konfiskationen schützen und im Rahmen des Möglichen die Handelsfreiheit garantieren; die Führer der republikanischen Parteien sollten ebenfalls zur Zusammenarbeit aufgefordert, ihre Zweifel zerstreut werden. »Dies ist auch erforderlich um zu verhindern, daß die Feinde Spaniens in diesem Land eine kommunistische Republik sehen, und um somit eine offene Intervention zu verhindern; letzteres stellt die größte Gefahr für das republikanische Spanien dar«. Schließlich solle die Regierung in der Presse öffentlich erklären, daß sie keinen Angriff auf das »Privateigentum und die legitimen Interessen der Ausländer in Spanien« (die die Rebellen nicht unterstützten) zulasse. Außerdem machten die sowjetischen Machthaber den spanischen Regierungschef auf Unterschiede zwischen der russischen und der spanischen Revolution aufmerksam und bezeichneten für Spanien den parlamentarischen Weg als gangbar und »wirkungsvoller als in Rußland«³⁵.

Die sowjetischen »Ratschläge«, die lediglich die Linie der PCE-Politik wiedergaben, stellten den unverhüllten Versuch dar, die seit Beginn des Bürgerkrieges von den Kommunisten verfolgte Gesellschaftspolitik zur

offiziellen Regierungspolitik zu machen; Largo Caballero wurde faktisch aufgefordert, den sozialistischen Inhalt der Revolution zu bekämpfen und auf die bürgerlich-demokratische Stufe (Förderung der bäuerlichen Mittelschicht, Zusammenarbeit mit republikanischen Parteien, Verteidigung des Privateigentums, Praktizierung des »parlamentarischen Weges«) zurückzudrängen.

In seinem auf französisch gehaltenen Antwortschreiben wies der spanische Premierminister darauf hin, daß die von den Sowjetführern unterbreiteten Ratschläge in Spanien längst realisiert würden – was nichts anderes bedeutete, als daß die Ratschläge überflüssig seien. Bezüglich des »parlamentarischen Weges« vertrat Largo Caballero die Meinung, »que quelle que soit la chance que l'avenir réserve à l'institution parlementaire, elle ne jouit pas entre nous, ni même entre les républicains, de défenseurs enthousiastes«³⁶.

Die kommunistische Ablehnung eines Revolutionsziels, das eine sozialisierte Wirtschaft vor Augen hatte, wurde vom PCE nicht nur mit dem erreichten Stand der Produktivkräfte begründet, der ein Überspringen erforderlicher gesellschaftlicher Zwischenstufen nicht zuließe, sondern außerdem mit den wahrscheinlichen internationalen Implikationen, die der Sieg einer proletarischen Revolution mit sich bringen würde. Santiago Carrillo beispielsweise wies auf die Gefahr hin, daß eine sozialistische Revolution nicht nur dem Faschismus den Sieg in Spanien ermöglichen, sondern auch die demokratischen Staaten, die explizit ihre Vorbehalte gegen ein »linkes« Spanien artikuliert hatten, zur Intervention gegen die Republik ermuntern würde³⁷. Dolores Ibárruri erklärte schon wenige Tage nach Kriegsbeginn, die Behauptung der »konterrevolutionären Bewegung der Verräter der Republik«, »daß in Spanien der Kommunismus eingeführt werde«, sei eine »Lüge«³⁸.

Wesentlicher Bestandteil der PCE-Politik war somit die Aufrechterhaltung der republikanischen Legalität. Solange nämlich die Volksfrontregierung international anerkannt wurde, konnte die UdSSR die deutsch-italienischen Waffenlieferungen an Franco als Propagandamaterial gegen die faschistischen Staaten vor dem Völkerbund verwenden und ihre eigene Spanienhilfe als Unterstützung der legalen Regierung zur Abwehr eines Militäraufstandes deklarieren. Außerdem behielt die Republik das Recht, Waffen auf dem Weltmarkt zu beziehen. Die angeblich partei-neutrale Maxime »Erst Krieg, dann Revolution« entpuppte sich in diesem Zusammenhang als der gelungene Versuch, die Machteroberung im republikanischen Staat und damit die Konditionierung der zukünftigen Revolution ideologisch zu bemänteln³⁹. Der mächtige, hauptsächlich von den Kommunisten aufgebaute Militärapparat wurde dabei nicht nur zur Verteidigung der Republik, sondern – wie zahlreiche Beispiele zeigen – gleichzeitig zur Unterdrückung innenpolitischer Gegner sowie zur Durchsetzung der eigenen Revolutionsziele eingesetzt. Bei vorläufiger Preisgabe der Diktatur des Proletariats als unmittelbarem Ziel⁴⁰ strebten die Kommunisten eine »demokratische und parlamentarische Republik neuen Typs« an. Da die Einordnung der historischen Situation als bürgerlich-demokratische Revolution zur massiven Kritik der Anarchisten, Linksozialisten und zahlreicher Mitglieder der JSU führte, die dem PCE vorwarfen, die marxistische Revolutionstheorie aufgegeben und sich einem reformistischen Sozialdemokratismus verschrieben zu haben, der die Revolution zugunsten des militärischen Sieges vernachlässige,

sahen sich die Kommunisten zu einer Präzisierung des Wesens der von ihnen angestrebten Republik genötigt: Sie hoben die Unterschiede zwischen der »neuen« und der »klassischen« bürgerlichen Republik hervor: In dem neuen Republik-Typus, der sich während des Bürgerkrieges herausbildete, verfügte das Volk über die Waffen und den Boden; die Arbeiter übten die Kontrolle in den Industriebetrieben aus; die Großgrundbesitzer, Bankiers und Großindustriellen seien enteignet und damit ihrer materiellen Basis zur weiteren Ausübung ihres bisherigen politischen und gesellschaftlichen Einflusses enthoben; das Proletariat habe die Führung der Revolution und könne sich auf ein neu aufgebautes Volksheer stützen; die wirtschaftliche und politische Macht der Kirche sei verschwunden; die Regierung sei der unmittelbare Ausdruck des Volkswillens. Das während des Krieges und der (bürgerlich-demokratischen) Revolution entstandene Staatswesen habe daher nicht die Form einer herkömmlichen, sondern einer »demokratischen und parlamentarischen Republik neuen Typs«, deren herausragendes Charakteristikum ihr ausgeprägter sozialer Inhalt sei⁴¹. Für die Kommunisten-Führerin Ibárruri bestand eines der wesentlichen Unterscheidungskriterien zwischen einer herkömmlichen und der sich in Spanien herausbildenden »Art Volksrepublik« darin, »daß – unter Beibehaltung des Privateigentums – der Staat die Leitung der großen Industrieunternehmen, die Banken und das Transportwesen (ausgenommen im Baskenland) in eigene Regie nahm«⁴². Während die Agrar-»Revolution« ihre inhaltliche Bestimmung in der Beseitigung der feudalen Überreste und der Übergabe des Landes an die Bauern finden sollte, war im Industriesektor als dem kapitalistisch am weitesten fortgeschrittenen Wirtschaftsbereich die »Sozialisierung« – im kommunistischen Sprachgebrauch bedeutete dies Verstaatlichung – der Großbetriebe vorgesehen. Diese Trennung der revolutionären Ziele – die die Veränderung in der Landwirtschaft als bürgerlich-demokratische, die in der Industrie als sozialistische Revolution auf den Begriff brachte – wurde allerdings nicht zu einer allgemeinen Zwei-Phasen-Revolutionstheorie ausgebaut, sondern blieb auf gelegentliche Äußerungen reduziert; zu einer reinen Theorie wurde sie hingegen vom POUM weiterentwickelt⁴³.

Für den PCE bedeutete die Formel »demokratisch-parlamentarische Republik neuen Typs«, die den historischen Ort der politisch-sozialen Entwicklung 1936/1939 markieren sollte, nicht nur eine im deterministisch vorbestimmten revolutionären Prozeß einzuhaltende Etappe, sondern darüber hinaus eine Grenze gegenüber weitergehenden Sozialisierungsbestrebungen sowie den Vorwand zum Einschreiten gegen Anarchisten, linke Sozialisten und »Trotzkisten«, die eine weiterreichende Umwälzung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens intendierten. Im Rahmen des Interessendualismus der nationalstaatlichen Außenpolitik des Sowjetstaates und des proletarischen Internationalismus der sozialistisch-kommunistischen Weltbewegung war vom PCE ersterer der Vorzug gegeben und letzterer in das starre deterministische Geschichtsschema einer gesetzmäßigen Abfolge von Revolutionen gepreßt worden. Das primäre Ziel, nämlich der militärische Sieg, konnte nur erreicht werden, wenn eine starke Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte erreicht bzw. erhalten wurde. Um aber die bürgerlichen Republikaner – sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene – nicht vor der Errichtung bzw.

Aufrechterhaltung einer breiten Koalition unter Einschluß der Kommunisten abzuschrecken, mußte jeglicher sozialistische Inhalt des revolutionären Geschehens propagandistisch geleugnet und faktisch verhindert werden. Die Machtbasis der Kommunisten blieb stets das Bündnis mit den reformistischen Sozialisten und Republikanern; verbindendes Element war die Ablehnung der proletarischen Revolution der Linkskräfte. Diese vom PCE hauptsächlich aus außenpolitischen Rücksichten eingegangene Koalition mit den gemäßigten Elementen des innenpolitischen Kräftefeldes wurde auch dann noch aufrechterhalten, als die Aussichtslosigkeit der Hoffnung auf militärische Unterstützung seitens der kapitalistischen Demokratien längst evident war. Es durfte weder zum Bruch mit den Republikanern kommen, noch durften wegen außenpolitischer Rücksichten Zweifel an der kommunistischen Beteuerung entstehen, der PCE würde in Spanien keine kommunistische Herrschaftserrichtung anstreben⁴⁴. Obwohl der PCE schon zu Beginn des Bürgerkrieges die Haltung der westlichen Demokratien Spanien gegenüber realistisch einschätzte und sich keinen Illusionen über eine mögliche anglo-französische Unterstützung hingab⁴⁵, brachte er verbaliter bis zuletzt seine Hoffnung auf eine Änderung des westlichen Kurses zum Ausdruck⁴⁶. Das Bestreben, Englands und Frankreichs Hilfe zu erhalten, trieb – auf russischen Einfluß hin – die spanische Regierung dazu, den Westmächten Spanisch-Marokko und die Kanarischen Inseln anzubieten, falls sie ein Ende der deutsch-italienischen Intervention zugunsten der Nationalisten erreichen könnten⁴⁷.

Die Kommunisten hatten zwar wesentlichen Anteil an der Verteidigung der Republik – sie bildeten eine geordnete und disziplinierte Armee, forderten pausenlos zum Widerstand auf, mobilisierten die kleinbürgerlichen Schichten, organisierten die sowjetischen Waffenlieferungen sowie die Internationalen Brigaden – ließen aber durch ihren gewaltsamen antisozialistischen Kurs, der auch vor der Zerstörung demokratischer Selbstverwaltungsansätze nicht Halt machte, im Proletariat sehr bald begründete Zweifel aufkommen, ob der militärische Sieg über die »faschistische Konterrevolution« auch den erstrebten Sozialismus bringen und dieser seinen Niederschlag in neuen Institutionen und Verhältnissen finden würde⁴⁸. Die quantitativ nicht erfaßbare, für einen erfolgreichen Verlauf des Krieges jedoch entscheidende Einsatz- und Opferbereitschaft der (gewerkschaftlich organisierten) Arbeiter ließ nach übereinstimmender Meinung von ausländischen Augenzeugen⁴⁹ und zahlreichen Gewerkschaftsführern⁵⁰ in dem gleichen Maße nach, in dem die von der republikanischen Regierung verfolgten Kriegsziele den sozialen Inhalt des von den Arbeitern vertretenen Programms aufgaben. Die ab Dezember 1936 deutlich wahrnehmbare Machtverschiebung von den Anarchisten zu den Kommunisten bedeutete eine Uminterpretation der sozio-ökonomischen Umwälzung von einer »sozialen« zu einer »bürgerlich-demokratischen« Revolution; sie führte im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges – besonders deutlich erfaßbar in den Folgen der gewaltsamen Auflösung des Aragonien-Rates (s. u.) – bei weiten Teilen der Arbeiter- und Bauernschaft zu zunehmender Desillusionierung und Gleichgültigkeit, deren Auswirkungen auf den militärischen Einsatz nicht unterschätzt werden dürfen.

2. Die anarchistische Deutung: Die »soziale« Revolution mit dem Ziel des »freiheitlichen Kommunismus«

Da Anarchisten eine Systematisierung ihrer Gesellschaftskritik stets abgelehnt haben – als Voraussetzung und Handlungsanleitung für die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft hätte sie ja die Freiheit des handelnden Individuums einschränken können –, muß die Frage nach den libertären Vorstellungen über Notwendigkeit, Bedingungen und Charakter einer Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse einerseits in Zusammenhang mit der anarchistischen, bei Bakunin besonders ausgeprägten Verachtung jeder systematischen Theorie, die der weitgehenden theoretischen Interesslosigkeit des Syndikalismus entgegenkam, aufgerollt werden, bedarf andererseits der Einbeziehung der historisch-politischen wie sozialökonomischen Gesamtsituation der Zeit, in der sich der Anarchismus zu einer Massenbewegung mit sozialer Programmatik entwickelte. Die zum Prinzip erhobene anarchistische Theorielosigkeit fand ihren Ausdruck im Fehlen eines ausformulierten Revolutionsbegriffes; die Praxis blieb der Theorie stets vorgeordnet⁵¹.

Der den Anarchismus charakterisierende Mangel einer konkreten Analyse historischer Verhältnisse ist weitgehend auf die Revolutionsvorstellung, wie sie sich schließlich in der Praxis der CNT durchsetzte, übertragbar, wenn auch der syndikalistische Tageskampf der Gewerkschaftspraxis die subjektiv-behavioristischen und voluntaristischen Elemente bei der Revolutionsauslösung – in Abwandlung etwa von Bakunins Vorstellungen – geringer erscheinen ließ⁵²; der spanische Anarcho-Syndikalismus rückte sichtbar von der apolitischen Organisations- und Theoriefeindschaft des Anarchismus ab und fügte dem anarchistischen Grundzug gewisse systembildende Elemente hinzu, ohne schon zu einer »Theorie« zu gelangen, die verstandesmäßig durch Antizipation des künftigen Geschichtsverlaufs den Übergang in eine nachkapitalistische Gesellschaftsordnung zu erfassen versuchte. In jedem Fall bedurfte die anarcho-syndikalistische Vorstellung der Sozialen Revolution zu ihrer Konkretisierung spontaner, durch die aktuelle revolutionäre Situation bestimmter Ergänzungen. Für die Syndikalisten hatte die »Wissenschaftlichkeit« der Revolutionsberechnung nicht den Stellenwert, den sie im marxistischen Lehrgebäude einnimmt. Für sie war vielmehr die intuitive Überzeugung ausschlaggebend, »daß Revolution und Sozialismus das Resultat ihrer eigenen fortgesetzten Kämpfe seien«⁵³. Der primäre Gegenstandsbereich des Anarchismus war die zu erfüllende Zielvorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung, während der sekundäre und tertiäre Bereich – einerseits die Entwicklungsvorstellung als Prozeß der Zielverwirklichung, andererseits die (psychischen, politischen, ökonomischen) Voraussetzungen dieses Prozesses – in der anarchistischen Konzeption nahezu untergingen oder eine Randposition beziehen mußten.

Als die vom Anarchismus beeinflussten spanischen Arbeiter in der CNT ihren gesellschaftlichen Standort bezogen hatten, versuchten sie, ihre Vorstellungen von der angestrebten Revolution – unter der sie stets eine »soziale« (was auch immer dieser Terminus beinhalten mochte), niemals eine nur »politische« (zur Ergreifung der Macht) verstanden – durch die Lehre (genauer: den Mythos) des

revolutionären Generalstreiks zu systematisieren⁵⁴. Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten stimmten darin überein, daß der »seinem Wesen nach revolutionäre Generalstreik« der unmittelbare Auftakt zur Sozialen Revolution sein müsse. In der mechanistischen Grundkonzeption des Anarchismus sollte der anarchokommunistische Endzustand mittels der Sozialen Revolution (die durch Aufklärung und Erziehung, den syndikalistischen Tageskampf und die direkte Aktion vorbereitet würde) übergangslos in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Im Gegensatz zur marxistischen Revolutionstheorie geht die anarchistische davon aus, daß es zur Erreichung des als idealer Neuzustand imaginierten Endziels keiner Zwischenstufen – etwa: Entfaltung des Kapitalismus und politische Machtergreifung des Bürgertums – bedürfe; auffällig sind demgegenüber das starke Vertrauen in die »Machbarkeit« von Revolution sowie die zahlreichen Entwürfe abstrakter Sozialutopien, die kaum einmal nach objektiven Bedingungen und den daraus sich ergebenden konkreten Zielen des proletarischen Kampfes fragen.

Bereits auf dem Gründungskongreß der CNT (1910) wurde eine Resolution verabschiedet, derzufolge der Generalstreik nicht zum Erreichen wirtschaftlicher Ziele, sondern nur als Waffe zum Herbeiführen einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingesetzt werden dürfte⁵⁵. Der Kongreß bekräftigte das Prinzip, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein müsse. Von aufklärerischem Optimismus getragen, betonten die Delegierten vor allem die Notwendigkeit der »moralischen« als Voraussetzung der »wirtschaftlichen Emanzipation« der Arbeiterklasse und proklamierten dabei eine Mittel-Ziel-Identität, die den Unterschied zur marxistischen Revolutionstheorie deutlich werden ließ⁵⁶. Die Revolutionskonzeption der spanischen Anarcho-Syndikalisten war somit an keinen bestimmten historischen Entwicklungsstand der Produktivkräfte oder der Klassenorganisation gebunden; ihre Realisierung wurde nicht von der analytischen Erfassung der ökonomischen Bedingungen sozialer Revolutionen und der Möglichkeiten für die Errichtung kommunistischer Gesellschaftsordnungen abhängig gemacht⁵⁷. Die revolutionäre Aktivität entsprang vielmehr aus der Erkenntnis und Erfahrung der Unterdrückung durch eine jeweils bestehende Herrschaftsordnung; diese Erfahrung, die sich zur Theorie der Negation jeder Ordnung konkretisierte, führte häufig zu putschistisch-blanquistischer Praxis; sie intendierte mittels der revolutionären Kraft der Massen den Sturz der bestehenden Herrschaftsordnung⁵⁸, an deren Stelle eine im Verhältnis zum Bestehenden positiv ausgegrenzte Bestimmung des künftigen herrschaftsfreien Gesellschaftszustandes gesetzt wurde.

Die Realisierung der postulierten neuen, aus Föderationen und Konföderationen gebildeten harmonischen Gesellschaft, in der das Prinzip der gegenseitigen Hilfe oberstes Gebot sein sollte, imaginierten Bakunin – unter Bezugnahme auf Hegel – und in seiner Nachfolge die spanischen Anarchisten »keineswegs durch eine formale Anwendung und Verbreitung von fertigen Theorien, sondern nur durch eine ursprüngliche Tat des praktischen autonomen Geistes«⁵⁹. Reflexion über Bedingungen, Erfolgchancen und Ziele von Revolutionen (»das Paradiesgebäude des zukünftigen Lebens«) hielt Bakunin nicht nur für überflüssig, sondern für »verbrecherisch, da sie nur der Sache der Zerstörung als

solcher hinderlich sind, den Gang des Anfanges der Revolution aufhalten, dadurch also ihr Ende in die Ferne rücken. Bei einer praktischen Sache ist dies eine nutzlose Geistesschändung, eine Selbstbefleckung der Gedanken«⁶⁰. Der anarchistische Appell zur Revolution war, obwohl diese als Klassenkampf verstanden wurde, klassenmäßig undifferenziert; er richtete sich an alle Unterdrückten, das »Volk«, den einzelnen Menschen oder die »Gesellschaft« (nicht an eine durch ihre sozio-ökonomische Lage bestimmte Klasse). Trotzdem wurden Revolution und Klassenkampf als untrennbar miteinander verbundene Elemente betrachtet; der proletarische Generalstreik galt als eine bestimmte Form von Klassenkampf. Die führende Rolle wurde dabei – im Gegensatz zum Marxismus – nicht dem Industrieproletariat zugesprochen; Bakunin hatte vielmehr die Vorstellung, eine primär auf die proletarisierten Bauern⁶¹ gestützte spontane Erhebung könne den Kapitalismus noch vor seiner Entfaltung zerstören. Diese sich auf die ländliche Kommune stützende Revolutionsvorstellung wurde in Spanien von dem einflußreichen Redaktionsstab der theoretischen anarchistischen Zeitschrift »La Revista Blanca« (Federico Urales, Germinal Esleas, Federica Montseny) übernommen; in den ständigen publizistischen Aufrufen zur Sozialen Revolution wurde der kleinen Landkommune (*municipio rural*) eine ausschlaggebende Rolle zugesprochen: Da die Mehrheit der spanischen Bevölkerung in Landkommunen lebe⁶², eigneten sich diese besonders zur gesellschaftlichen Reorganisation auf libertärer Basis. Die Revolutions-Vorstellungen spanischer (besonders andalusischer) Anarchisten waren weitgehend von der agrarischen Epoche geprägt, die sich erst im allmählichen Übergang zur bürgerlich-kapitalistischen Produktionsweise befand. Der auf »freien Municipien« basierende, Autarkie anstrebende wirtschaftliche Kommunalismus blieb bis zum Bürgerkrieg die Leitvorstellung dieses »maximalistischen« Kreises des spanischen Anarchismus. Er idealisierte den ländlichen Rahmen, der für die Lokalisierung der nachrevolutionären Gesellschaft in Agrar-Municipien konstitutiv sein würde, lehnte »Kultur und Weisheit« als verderbliche bürgerliche Relikte ab und strebte die »Annullierung« aller »unersetzlichen« Menschen an, die in der neuen Gesellschaft schon deshalb überflüssig würden, weil alle »Lebensfaktoren« auf »ein Minimum vereinfacht« sein würden⁶³. Wenn auch Teile der CNT diese Revolutionsvorstellung nicht übernahmen, blieb für die Ausprägung des anarcho-syndikalistischen Revolutionsbegriffs die Agrar- und Besitzstruktur Spaniens entscheidend (ohne daß deshalb die Ursache der Revolution allein auf den Agrarkomplex reduziert wurde).

In der Illusion einer jederzeit realisierbaren, voluntaristischen Anwendungskriterien der anarchistischen Aktionsbereitschaft unterworfenen Revolution stellte sich »das Ende der Herrschaft des Menschen über den Menschen als eine gegen das jeweils waltende Unrecht moralisch aufgebrachte revolutionäre Volksbewegung« dar⁶⁴, die – gewissermaßen als Voraussetzung zur Sozialen Revolution – zuerst den Staat zerstören mußte. Dabei wurde die Analyse des Regelgefüges des bestehenden kapitalistischen Systems nicht ernsthaft in Angriff genommen; an die Stelle der Reflexion über die theoretischen Bedingungen der als Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Herrschaftsfreiheit imaginierten Anarchie trat der Glaube an die Realisierbarkeit dieses

Endzustandes, ohne daß die Realisierungsproblematik aufgerollt worden wäre. Im rhetorischen Stereotyp der stets abrufbaren Revolution und in der Mythisierung des Generalstreiks wurde die hyperbolische Attitüde sichtbar, in der sich nicht sosehr die wirkliche revolutionäre Haltung als vielmehr der kompensatorische Glaube der Erniedrigten und Gekränkten an eine solche revolutionäre Tatkraft offenbarte.

Der »reformistische« Syndikalist Juan Peiró übernahm 1930 die Bestimmungen des CNT-Gründungskongresses, denen zufolge der revolutionäre Syndikalismus als Mittel, der Anarchismus als das Endziel der Arbeiterbewegung interpretiert wurden. Der Generalstreik stellte die Hauptwaffe dar, die allerdings nicht zum Erreichen ausschließlich wirtschaftlicher Ziele eingesetzt werden durfte⁶⁵. Auch wenn anarchistische »Theoretiker« unter dem Begriff der Sozialen Revolution sehr heterogene Prozesse der Veränderung des wirtschaftlichen und industriellen Lebens subsumierten, gilt allgemein für deren Revolutions-Konzeption, daß sie darunter vor allem die konstruktive Phase des freiheitlichen Neuaufbaus verstanden: »Das Wichtigste einer Revolution vom Typ derer, die die CNT realisieren wird, ist nicht die Zerstörung des Bestehenden, sondern die Schaffung dessen, was das Zerstörte ersetzen soll«⁶⁶. Auch während des Bürgerkrieges betonten die Anarchisten primär diesen Aspekt: »Aufbauen! Das ist der kategorische Imperativ des Augenblickes«⁶⁷. »Eine Revolution, die nicht um den Aufbau bemüht ist, stirbt schon bei der Geburt«⁶⁸. Dabei sollten die Grundlagen der klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft bereits im kapitalistischen System gelegt werden⁶⁹, was Kommunisten wiederum dazu veranlaßte, bei Anarchisten und Reformisten eine Theorie-Identität zu proklamieren und erstere als »Kleinbürger« zu bezeichnen, »die vor jeder echten Revolution zittern, die den Klassenkampf durch einen vulgären Humanismus, die revolutionäre Theorie durch radikale Phrasen und die revolutionäre Arbeiterpolitik durch kleinbürgerliches Revoluzzertum ersetzen«⁷⁰. In praxi komme das Verhalten der Anarchisten dem liberalen Bürgertum und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Klassenstaates zugute.

Für nahezu alle anarchistischen Theoretiker bleibt die Gespaltenheit der Theorie mit ihrer zwischen Zielvorstellung und Realisierung klaffenden Lücke bezeichnend. Die anarchistische Revolutions-»Theorie« beginnt eigentlich erst mit dem Ende der revolutionären Gewalttätigkeiten, der »heroischen Tat«⁷¹: Sofort nach dem erfolgreichen Abschluß der »gewaltsamen Phase« müsse die soziale Neuorganisation beginnen; die Arbeiter sollten die Produktionsmittel übernehmen und sich eigene gesellschaftliche Organisationsformen schaffen. Peiró betonte in seiner Schrift vor allem die Erforderlichkeit solider technischer Vorbereitung zur Übernahme der Produktion, ausreichender Ausbildung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme und einer starken Organisation zur Verteidigung der Revolution. Habe sich diese erfolgreich durchgesetzt, so verliere in der »stabilisierten Phase« der Syndikalismus seine bisherige Bedeutung zugunsten der Kommune, die dann den »Schnittpunkt aller individuellen, moralischen und wirtschaftlichen Werte der Gesellschaft darstelle«⁷². Die größte Gefahr für eine erfolgreiche Durchführung der Revolution sah Peiró einerseits in der anarchistischen Ablehnung der

notwendigen Organisation, andererseits in der Überbetonung der Spontaneität. Peirós Schrift bedeutete die Einleitung zu einer von 1931 bis 1936 offen und erbittert geführten Auseinandersetzung zwischen den extremen Flügeln der CNT und FAI⁷³. Der putschistischen »Praxis«-Besessenheit der Anarchisten um die Zeitschrift »La Revista Blanca« mit ihrem Glauben an die unmittelbare Realisierbarkeit ihres Endziels setzte der französische IAA-Funktionär Pierre Besnard für die vorrevolutionäre Phase die organisatorische Funktion der Gewerkschaft, für die nachrevolutionäre den »freiheitlichen Kommunismus« als Übergangsstadium und erste Etappe auf dem Weg zum »freien Kommunismus« entgegen. Damit erhielt – ebenso wie bei Christian Cornelissen – der freiheitliche Kommunismus eine der »Diktatur des Proletariats« im Marxismus vergleichbare Funktion zugesprochen. In der nicht ohne persönliche Härten geführten Diskussion wurde das Problem der Herbei- und Durchführung der Sozialen Revolution nach der Proklamation der Zweiten Republik und dem Bruch innerhalb der CNT von unmittelbar »praktischer« Relevanz. Die gemäßigteren CNT-Mitglieder hatten den steigenden FAI-Einfluß im Anarcho-Syndikalismus mit zunehmender Sorge beobachtet und sich im August 1931 entschlossen, in einem gemeinsamen Manifest ihre Position – die sie für die »ursprüngliche« revolutionär-syndikalistische hielten – von der der FAIsten abzugrenzen. Beide Gruppen (»treintistas« und »faistas«) differierten primär in bezug auf Strategie und Taktik der Sozialen Revolution. Die Treintistas warfen der FAI die Überbetonung voluntaristischer Elemente, maximalistische Erwartungen, Blanquismus und bolschewistische Methoden vor⁷⁴; führende FAI-Mitglieder sahen demgegenüber mit der Republik die Gefahr gekommen, die anarchistische Bewegung könne »in den Sozialdemokratismus fallen«⁷⁵, und betonten daher die nur vom Willen revolutionärer Gruppen abhängige Realisierbarkeit des sozialen Umsturzes. Dieser »vereinfachenden, klassischen und etwas träumerischen Vorstellung der Revolution« (Treintista-Manifest) setzten die gemäßigten CNT-Kreise wiederum ihre »echte, einzige« Vorstellung entgegen, die sie in der Verbindung von Ordnung und Methode einerseits, individueller Initiative andererseits für »vorausblickend und zusammenhängend« hielten. Sie forderten eine effektivere Organisation, betonten die notwendige Vorbereitung auf die Revolution und hielten eine Massenbasis für unumgänglich. In der Verschwörungstaktik der FAI-Anarchisten drückte sich sozialgeschichtlich der unterentwickelte Stand der kapitalistischen Industriegesellschaft in Spanien aus, während das Konzept der Treintistas vom gewerkschaftlichen Tageskampf mit dem Industriekapitalismus der wirtschaftlichen Ballungszentren geprägt war. Die Revolutionsvorstellung und die revolutionäre Praxis der CNT in den Jahren der Republik mußten wesentlich davon abhängen, welche der beiden Konzeptionen sich schließlich durchsetzte. Die Treintistas wurden im weiteren Verlauf der sich immer mehr zuspitzenden Diskussion aus der CNT ausgeschlossen; wenn dies auch keineswegs einen Sieg des »reinen« Anarchismus über den »reformistischen« Flügel der syndikalistischen Bewegung bedeutete, scheint der FAI-Einfluß trotzdem eher zu- als abgenommen zu haben, wofür nicht zuletzt die große Anzahl der in den folgenden Jahren durchgeführten revolutionären Erhebungen spricht, die allesamt – aufgrund

mangelnder Vorbereitung und fehlender Koordinierung – kläglich scheiterten und die CNT hohe Einbußen kosteten. Auf dem Zaragoza-Kongreß 1936 kehrten die ausgeschlossenen »Oppositionssyndikate« wieder in die CNT zurück und wirkten an der Ausarbeitung des »Konföderalen Konzepts über den freiheitlichen Kommunismus« mit; die Handschrift der FAI ist jedoch auch in dieser idealistischen Zukunftsvision einer staatenlosen Gesellschaft unverkennbar. Wie sehr die Revolutions-Vorstellungen der CNT tatsächlich von der FAI und damit der Bakuninschen »Theorie-Praxis-Identität«⁷⁶ geprägt waren, zeigt I. Puentes Skizze des freiheitlichen Kommunismus, die zum Orientierungsrahmen der bedeutenden Kongreß-Resolution vom Mai 1936 wurde: »Das Wissen der Erfahrung vorzuziehen« stellt für den Landarzt und CNT-Theoretiker eines der gegen den freiheitlichen Kommunismus vorgebrachten Vorurteile dar; demgegenüber betont er den Primat der Praxis: »Nur, indem wir im freiheitlichen Kommunismus leben, werden wir lernen, ihn zu leben. Wenn wir ihn einführen, werden wir seine Schwächen und irrigen Aspekte erkennen«⁷⁷. Nach dieser Auffassung mußte die konkrete Lösung des Anarchieproblems dem praktischen Experiment auf dem Boden der Anarchie überlassen werden und konnte deshalb erst nach der anarchistischen Revolution erfolgen⁷⁸. In naiv-idealistischer Weise wurde auf dem Kongreß eine illusionäre Gegenwelt als Bund freier und autonomer Industrie- und Agrarassoziationen aufgebaut, ohne daß sich die Delegierten um die Realisierungschancen dieser auf der Basis des Syndikats und der autonomen Kommune ruhenden Gesellschaft ohne Staat, Privateigentum, Autoritätsprinzip und Klassen bemüht hätten. Im Vergleich zu früheren Überlegungen betonten sie allerdings besonders die subjektiven Voraussetzungen für einen erfolgreichen Massenaufstand. Die Revolutionsdefinition des Kongresses vernachlässigte weitgehend die voluntaristischen Elemente und hob statt dessen die lange evolutionistische, bewußtseinsausbildende Phase hervor, die den Revolutionsausbruch nicht mehr vom individuellen Willen einiger Extremisten abhängig sein ließ⁷⁹. Den CNT-Theoretikern zufolge beginnt die Revolution dann, wenn sich das »individuelle Bewußtsein« gegen die »soziale Wirklichkeit« wendet; daher nimmt sie ihren Anfang »als psychologisches Phänomen, das gegen einen bestimmten Zustand der Dinge gerichtet ist, der im Widerstreit zu den individuellen Ansprüchen und Bedürfnissen steht«. Sobald diese »Reaktion in der Gemeinschaft Gestalt angenommen hat und mit den Körperschaften der kapitalistischen Ordnung« zusammengestoßen ist, wird die Revolution zu einer »sozialen Manifestation«. Da eine Kraft geschaffen werden muß, die die Erreichung des gesteckten Ziels durchsetzen kann, wird sich die Revolution schließlich »als Organisation« manifestieren. Bedingungsfaktoren für den Ausbruch der Revolution waren dabei nicht – zumindest nicht ausschließlich – wirtschaftliche, sondern primär sozial-psychologische Kategorien. Die Schwierigkeit, sich auf soziale und wirtschaftliche Bedingungsfaktoren festzulegen, lag auch in der unterschiedlichen Sozialstruktur der Träger dieser Revolution mit ihren differierenden objektiven Lebens- und subjektiven Interessenlagen. Die sozialen Träger der anarchistischen Revolution stellten von Anfang an ein Konglomerat mannigfach differierender Interessen dar; während die einen ihre revolutionären Vorstellungen aus einer sich erst im

allmählichen Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise befindlichen, weitgehend agrarischen Epoche bezogen, orientierten sich die anderen – auf dem Boden der vollentwickelten kapitalistischen Produktivkräfte – an der zunehmenden Konzentration des Industriekapitals; die Forderung nach Gründung von Industriegewerkschaften stellte das Pendant zu dieser Zentralisierungstendenz in der Industrie dar.

Die CNT vertrat in Zaragoza zwar die Meinung, daß die Vorbedingungen für den erfolgreichen Verlauf einer Revolution im Spanien des Sommers 1936 gegeben waren (Zusammenbruch der kapitalistischen »Ethik«, wirtschaftlicher Bankrott des Regimes, Scheitern der politischen Erscheinungsform des kapitalistischen Regimes), unterzog jedoch keine der drei Voraussetzungen einer kritischen Analyse. Die Revolution sollte vielmehr als »psychologisches Phänomen« beginnen, d. h. revolutionäre Haltung und Handlung sollten aus den elementaren Bedürfnissen der Massen hervorgehen – wenn auch neben dem Vertrauen in die Spontaneität des Volkes, die als Ausdruck des Selbstbewußtseins und der Befähigung zur Eigentätigkeit gesehen wurde, dem Aufbau einer Organisation als Machtinstrument große Bedeutung beigemessen wurde. Wie in einer konkreten historischen Situation das Verhältnis zwischen spontaner Massenerhebung und bewußter Revolutionsentfesselung einer organisierten Minderheit zu bestimmen war, wurde auf dem Kongreß nicht problematisiert und damit in einer ähnlich unbestimmten Schwebelage wie in Bakunins Schriften gelassen⁸⁰. Als erforderlich wurde lediglich ein »revolutionärer Pakt« mit der sozialistischen Gewerkschaft UGT erachtet. Die CNT ging davon aus, »daß der glühende Wunsch der spanischen Arbeiterklasse die Abschaffung des gegenwärtigen politischen und sozialen Systems ist«; die »soziale Revolution« werde eine neue Form des Zusammenlebens schaffen, die »durch die freie Entscheidung der frei versammelten Arbeiter« bestimmt wird⁸¹.

Eine viel größere Bedeutung als den Bedingungen und dem Verlauf der Revolution räumte die CNT-Denkschrift jedoch den »ersten Säulen jenes sozialen Gebäudes« ein, »in dessen Schutz wir in Zukunft leben werden«⁸². Die »konstruktive Phase« gehörte per definitionem zur Revolutionsvorstellung der Anarchisten; daher bildet auch der herrschaftsfreie Gesellschaftsaufbau, der in Zaragoza nach den Prinzipien des »freiheitlichen Kommunismus« entworfen wurde, einen integrativen Bestandteil der anarchistischen Revolutionskonzeption. Die schließlich verabschiedete Resolution über den »freiheitlichen Kommunismus« – gleichzeitig die einzige von allen Fraktionen des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus getragene Entschließung über den nachrevolutionären Gesellschaftsaufbau – stellte den vollständigen, angesichts der Entwicklung der CNT im Bürgerkrieg allerdings kurzen Sieg der Anarchisten in ihrem Ringen mit den Syndikalisten dar⁸³. Ziel der anarchistischen Revolution war der freiheitliche Kommunismus, dessen »soziale und ethische Prinzipien« ein nur durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beschränktes Güterverteilungssystem sowie der allein durch die individuelle »physische und moralische Verfassung« beschränkte »größtmögliche Einsatz eines jeden Individuums« (S. 191) waren. Die Revolution müßte die Abschaffung des Privateigentums, des Staates, des Autoritätsprinzips und der Klassen sowie die Sozialisierung des Reichtums mit sich bringen⁸⁴; danach würden die freien Organisationen

der Produzenten die direkte Verwaltung der Produktion und des Konsums übernehmen. Die Neuorganisation der Gesellschaft würde auf der freien Kommune und dem Syndikat basieren⁸⁵. Da letzteres bereits existierte und in seinen Strukturen als modellhaft für die Organisation der zukünftig freien Gesellschaft betrachtet wurde, beschrieb das CNT-Konzept insbesondere Funktion und Aufbau der Kommune; es ging aber auch auf die Rechte und Pflichten des Individuums, auf das Bildungssystem, das Justizwesen, die Probleme sogenannter »Randgruppen« der Gesellschaft sowie auf die Neuorganisation des Produktionsbereichs und die Abschaffung stehender Heere ein⁸⁶.

Das idyllische Programm des Zaragoza-Kongresses sollte die vielfältigen Bedürfnisse einer komplex strukturierten Gesellschaft befriedigen, nahm aber in keiner Weise zu der Mannigfaltigkeit der drückenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Stellung und konnte somit – wie sich innerhalb weniger Monate herausstellen sollte – auch kaum als Leitfaden für die praktische Bewältigung anstehender Fragen betrachtet werden. In den Realisierungen des Bürgerkrieges verschwand nicht nur das Wort »Kommune« für die sozialistischen Produktionseinheiten fast vollständig zugunsten der Bezeichnung »Kollektiv«; auch der strukturelle Aufbau der Selbstverwaltungseinheiten differierte erheblich von dem in Zaragoza entworfenen Modell. Der im Mai 1936 demonstrierte Mangel an Realitätssinn scheint nicht nur mit dem geringen intellektuellen Niveau der Mehrheit der CNT-Mitglieder, sondern vor allem mit dem Fehlen einer durchdachten Theorie und der schematischen Übertragung auf makrosoziologische und -ökonomische Einheiten der im Rahmen eines einzelnen »pueblo« eventuell anwendbaren Theoreme zusammenzuhängen.

Wie sehr die Kongreßteilnehmer in realitätsfernen Elfenbeinturmvorstellungen schwelgten, zeigt auch die Tatsache, daß keinerlei Vorbereitungen für einen als unmittelbar bevorstehend empfundenen Bürgerkrieg⁸⁷ getroffen wurden; die nachrevolutionäre libertäre Gesellschaftsform wurde zwar in oftmals naiv-idealistischer Weise bis in Details hinein entworfen, die eigentlich »revolutionäre Phase« mit dem unvermeidlichen Kampf gegen die Widersacher dieses Systems jedoch völlig vernachlässigt. In der auffälligen Zusammenhangslosigkeit zwischen der Kritik an den bestehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen einerseits und der prophetisch ausgemalten anarchistischen Zukunftsgesellschaft andererseits kommt ein Revolutionsbegriff zum Ausdruck, der die restriktiven Bedingungen zur Gesellschaftsveränderung unterschätzt und Revolution als jederzeit abrufbar postuliert. Der anarchistische Schlüsselbegriff, der auch die Basis der angestrebten Gesellschaft – einer an Kropotkins Entwürfen ausgerichteten Föderation selbständiger Produktionsgemeinschaften – sein sollte, war die Solidarität, die als verantwortliche Selbsttätigkeit der Produzenten an die Stelle der für die kapitalistische Gesellschaft konstitutiven Prinzipien der Autorität und Zentralisation treten würde. Die spanischen Anarcho-Syndikalisten übernahmen dabei die antidarwinistische Anthropologie Kropotkins, deren Grundgedanke die »gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt« darstellte. In seiner zusammenfassenden, mit Engagement geschriebenen Erlebnis-Darstellung der Kollektivierungsbe-

wegung hat noch kürzlich G. Leval die Solidarität das »großemoralische Gesetz dieser Revolution« genannt⁸⁸. So entschieden die republikanische Staatsform und das parlamentarische System abgelehnt wurden, so unbestimmt und verschwommen blieb die Ausformulierung von Strategie und Taktik zum Erreichen des »positiven« Gegenprogramms. Konsens bestand im wesentlichen darüber, was die Soziale Revolution überwinden sollte. Bei den ersten praktischen Schritten in Richtung auf die Realisierung der in Zaragoza entworfenen Gesellschaftskonzeption zeigte sich jedoch in den ersten Bürgerkriegsmonaten sehr rasch die Labilität und mangelnde Konsistenz des ökonomisch-konstruktivistischen Zukunftsprogramms der Anarchisten.

Die Soziale Revolution: Chancen und Versäumnisse

Die besonderen Umstände, unter denen die Anarchisten die Soziale Revolution begannen, machten von Anfang an den Rekurs auf hierarchische Organisationsmuster erforderlich. Im militärischen Bereich wurde das anarchistische Ideal, die Verteidigung der Revolution in die Hände des in Hundertschaften und Kolonnen organisierten bewaffneten Volkes zu legen, in dem Maße aufgegeben, wie die republikanische Armee schmerzliche Niederlagen erlitt. Entsprechend dem Vorbild des (kommunistischen) 5. Regiments wurde ab Spätherbst 1936 nach dem Prinzip strikter Subordination und Disziplin unter Heranziehung militärischer Spezialisten aus dem Bestand des alten Offizierskorps und unter Ausbildung neuer militärischer Führer aus der Arbeiterschaft die neue republikanische »Volksarmee« aufgebaut. Dies geschah in entschiedener Abkehr vom überkommenen Milizgedanken, von allen direktdemokratischen Organisationselementen (Wählbarkeit der Kommandeure, umfassender Meinungs- und Willensbildungsprozeß bei der Truppe etc.) und vom Konzept des revolutionären Partisanenkrieges. Damit blieb eine der wesentlichen Rahmenbedingungen unerfüllt, die nach anarchistischer Vorstellung für den Sieg der Revolution erforderlich waren.

Die Soziale Revolution war nach ihrem theoretischen Vorentwurf gegen den Staat und das Privateigentum gerichtet; Gewerkschaften als Sammelbecken klassenkämpferischer Kräfte sollten sie durchführen und in der nachrevolutionären Phase neben der freien Kommune das entscheidende Organisationszentrum zur Neustrukturierung der freien Gesellschaft bilden. Als jedoch die revolutionären Aktionen nach dem 19. Juli 1936 mit elementarer Wucht einsetzten, konnten die Syndikate der ihnen zugewiesenen Regulierungs- und Koordinierungsfunktion nicht nachkommen, da sie von der Spontaneität ihrer Mitglieder überrollt worden waren. Deren Zielrichtung wiederum war, in Ermangelung einer klaren Führung und programmatischen Orientierung, nicht sosehr auf die Abschaffung des Staates als »politischen« Herrschafts-, Ordnungs- und Gestaltungsverbandes als vielmehr auf die Übernahme der Wirtschaft und allenfalls die Ausschaltung einzelner Staatsrepräsentanten auf lokaler Ebene gerichtet. Die Regierung blieb, wenn auch vorübergehend macht- und funktionslos, im Amt; damit mußten die Anarchisten auf eine weitere Voraussetzung zum Gelingen der Revolution verzichten: auf die »Abschaffung« des Staatsapparates. Das 1936–1938 praktizierte politische und wirtschaftliche Komitee-System respektierte – nach einer radikalen, auch vor der

physischen Eliminierung ihrer »Klassenfeinde« nicht zurückschneidenden Phase – den gesellschaftlichen »Pluralismus« und ermöglichte die Artikulation unterschiedlicher sozialer Interessen, auch wenn in den ersten Revolutionsmonaten von den Hauptverfechtern dieses Systems kein Zweifel daran gelassen wurde, daß die libertär-kommunistische Gesellschaftsordnung als Zielvorstellung für alle Gesellschaftsmitglieder verbindlich sein sollte.

Auf ökonomischem Sektor blieben CNT und FAI ebenfalls weit hinter ihren Zielen zurück. Ihr Konzept eines »syndikalistischen« Wirtschaftsaufbaus wurde nur ansatzweise, und auch dann nur vorübergehend, realisiert; sie mußten schließlich den Mittelschichten, die sie nicht zu gewinnen verstanden, vielmehr größtenteils sehr bald an die Kommunisten verloren, das Recht auf Privateigentum (auch an Produktionsmitteln) zugestehen. Das Erfordernis, von der vollen Realisierung ihres Wirtschaftsprogramms abzusehen, war einerseits durch die Abhängigkeit der republikanischen Kriegswirtschaft vom Ausland, andererseits durch die kollektivierungsfeindliche und eigentumsorientierte Haltung der von den Kommunisten unterstützten Mittelschichten bedingt. Wollte die Republik nicht von vornherein die Gegnerschaft der westlich-kapitalistischen Industrienationen provozieren, so mußte sie deren wirtschaftliche Interessen schützen. Im Landesinneren wiederum war das republikanische Lager auf die Unterstützung des gerade im Industrierevier Katalonien starken industriellen und bäuerlichen Mittelstandes angewiesen. Die militärische, politische und wirtschaftliche Situation Spaniens im Sommer 1936 war für die Realisierung einer libertär-sozialen Revolution äußerst ungünstig. Trotzdem versuchten anarchistische und linkssozialistische Arbeiter, ihre Vorstellung einer egalitär-demokratischen Revolution in die Tat umzusetzen. Die spontan einsetzende Kollektivierungsbewegung orientierte sich zwar (allgemein) an den gesellschaftsutopischen Postulaten der Anarchisten, wich jedoch pragmatisch von ihrem ursprünglichen anarcho-kommunistischen Aktionsprogramm ab, sobald die strukturell-vorgegebenen und die kriegsbedingten Realitäten sich nicht vorbehaltlos dem ideologisch-programmatischen Konzept anpaßten.

Das für den weiteren Verlauf der Bewegung äußerst wichtige Verhältnis zwischen CNT-Organisation und Massen-Spontaneität stellte sich nicht als ein Problem des Klassenbewußtseins, »das mit dem Verhältnis einer revolutionären Minderheit zu der kapitalistisch indoktrinierten, proletarischen Masse verknüpft war«¹; vielmehr offenbarte das von den Arbeitern in den ersten Tagen des Krieges in Selbstorganisation umgesetzte revolutionäre Bewußtsein, daß Spontaneität zu den wesentlichen Elementen ihres anarcho-syndikalistischen Credos gehörte. Andererseits beweisen der (nicht ausschließlich kriegsbedingte) Produktivitätsrückgang und die ständigen Aufrufe der CNT-Führungsgremien zu »sozialer Disziplin« und »gesellschaftlichem Bewußtsein«, daß in der Industrie (zumindest in der Anfangsphase) das Klassen- und Solidaritätsbewußtsein häufig die Grenzen des eigenen Produktionsbereichs nicht überschritt und der auftretende Betriebsegoismus bis zu einem gewissen Grad die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kollektivierten Industrie Kataloniens mitzuverantworten hatte. Als die ersten gesamtwirtschaftlich negativen Konsequenzen des praktizierten Betriebsautonomismus sichtbar

wurden, rief der katalanische CNT-Wirtschaftsminister J. Fàbregas die Arbeiter zu »bewußterem« Arbeiten und zur Abwendung von ihrem »utilitaristischen«, »egoistischen« und »kleinbürgerlichen« Geist auf².

Als CNT und FAI im Juli 1936 den revolutionären Generalstreik ausriefen, war ihr primäres Ziel nicht die sofortige Verwirklichung des freiheitlichen Kommunismus, sondern die Niederschlagung des »militärischen, oligarchischen, klerikalen Staatsstreichs«³. Der Aufstand der Generäle hatte ihnen zwar das Gesetz des Handelns diktiert, ließ aber vorerst einen Großteil von ihnen in der Überzeugung, daß Krieg und Revolution gleichzeitig zu führen seien und nur gemeinsam siegreich beendet werden könnten. Erst allmählich wurde ihnen bewußt, daß sie ihr Ziel nur nach einem Sieg über Franco erreichen könnten, d. h., daß die Verteidigung der Republik und die Fortführung der Revolution nicht mit denselben Maßnahmen durchgeführt werden konnten. Zur Erringung des militärischen Sieges mußten die Anarchisten Kompromisse mit ihren bisher heftig bekämpften Gegnern, den Kommunisten und bürgerlichen Republikanern, schließen; diese wiederum nutzten die politische Unerfahrenheit und taktische Ungeschicklichkeit der Anarchisten dazu aus, sie nicht nur zur Aufgabe eines Großteils ihrer ursprünglichen Prinzipien zu nötigen, sondern sie außerdem aus allen entscheidenden Machtorganen und damit aus jenen Gremien zu drängen, die letztlich über die Fortführung ihres jahrzehntelang proklamierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programms bestimmten.

Die Industrie- und Agrarkollektivierung leitete zwar einen Prozeß ein, der eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation der lohnabhängigen Massen in Gang setzte, die sich rein äußerlich in der von zahlreichen Augenzeugen beobachteten und überlieferten »Arbeitsfreude« manifestierte. Legt man jedoch die inhaltliche Definition von Revolution zugrunde, die im »Konzept des freiheitlichen Kommunismus« vom Mai 1936 zum Ausdruck kam, so war die Soziale Revolution 1936–1939 unvollständig; bezüglich der von Anarchisten intendierten sozialen Emanzipation der Gesamtgesellschaft blieb sie unvollendet⁴. Selbst auf dem Höhepunkt ihrer Macht – im Herbst 1936 – gelang es CNT und FAI nur selten, ihr anarcho-kommunistisches Agrar- bzw. ihr syndikalistisches Industrieprogramm zu realisieren. Die anarcho-kommunistische Praxis einiger Landkommunen wurde meistens nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Im Herbst 1936 mußten auch Faktoren der Zentralisation, der gesellschaftlichen Gesamtrechnung und der einheitlichen Planung eingeführt werden. Das Abweichen vom libertär-kommunistischen Zaragoza-Programm lief parallel zu einer kontinuierlichen Einflußeinbuße von CNT und FAI im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, vor allem aber im rein politischen Bereich. Fragt man nach den Gründen für den Machtverlust der Anarchisten – sozialgeschichtlich bedeutete dies die Reduzierung der Chancen und schließlich die Unmöglichkeit der vollen Durchführung der Sozialen Revolution –, wird man verschiedene externe und interne Faktoren anführen müssen, die im folgenden nicht hierarchisiert, sondern in einer Wechselwirkung zirkularer Verknüpfung gesehen werden und eine Antwort auf die Frage nach Chancen und Versäumnissen zur Realisierung des anarchistischen Vorentwurfs ermöglichen sollen.

Zu den exogenen Gründen für den Niedergang der Kollektivierungsbewegung zählten die Opposition der Zentral-, in geringerem Ausmaß auch der katalanischen Regionalregierung⁵, die Gegnerschaft der Volksfront-Organisationen, die Rivalität zwischen Madrid und Barcelona, der ungünstige Kriegsverlauf und, ursächlich damit zusammenhängend, die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der republikanischen Zone. Die linkssozialistischen Kräfte, die bei der Konstituierung von Kollektiven häufig lokale Bündnisse mit den Anarchisten geschlossen hatten, büßten nach der politischen Ausschaltung Largo Caballeros ihre anfangs starke Position in der Regierung, dem PSOE und der UGT, ein und konnten die Kollektivierungen im weiteren Kriegsverlauf mit Hilfe des Staatsapparates weder schützen noch gar vorantreiben. Als im Dezember 1936 die Vereinigte Sozialistische Jugend JSU durch den Übertritt ihres Vorsitzenden S. Carrillo und anderer bedeutender Funktionäre zum PCE definitiv ins kommunistische Lager abwanderte und die Linkssozialisten damit ihre mächtige Jugendorganisation verloren, gab Largo Caballero jede Hoffnung auf einen Erfolg der proletarischen Revolution auf: »Jetzt glaube ich nicht mehr an die spanische Revolution«⁶. Der POUM wurde im Laufe des Jahres 1937 durch die Stalinisten aus dem politischen Leben der Republik ausgeschaltet. Damit blieben die Anarchisten die einzige gesellschaftliche Kraft, die das sozialrevolutionäre Experiment der Kollektivierungsbewegung gegen die immer stärkere Opposition der Kommunisten, der (Rechts-) Sozialisten und der republikanischen Parteien durchzuführen versuchten. Die internationale Isolierung der Republik und die fast monopolartige Abhängigkeit der spanischen Regierung von den Waffenlieferungen aus der UdSSR verschafften dieser – und das hieß: ihrem ausführenden Organ in Spanien, dem PCE – einen überragenden Einfluß auf die innen- und sozialpolitische Entwicklung der republikanischen Zone. In seinem Referat »Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien« bemerkte der damalige Korrespondent für skandinavische Blätter und POUM-Sympathisant Willy Brandt bereits Anfang Juli 1937 in Paris auf einer Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP: »Spanien ist in einer Entwicklung zur kommunistischen Parteidiktatur«⁷.

Die Kommunisten hatten die internationale proletarische Revolution schon lange vorher zugunsten des Primats vom Aufbau des »Sozialismus in einem Lande« geopfert; auch in Spanien wurde die von zahlreichen taktischen Schwankungen und Wandlungen getragene Komintern-Politik zum Hemmschuh, schließlich zur entschiedenen Gegnerin der anarchistischen Sozialen Revolution. In seiner antikollektivistischen Haltung fand der PCE in den kleinbürgerlichen Schichten seine besten Verbündeten; um seine Haltung gegenüber dem Mittelstand zu rechtfertigen, wurde dieser vom PCE kurzerhand zur »revolutionären Kleinbourgeoisie«⁸ erklärt. Als der organisierte Anarchismus sich nach den Maieignissen 1937 in der Defensive befand, tauchten viele der im Juli 1936 geflohenen Unternehmer wieder auf und machten in ihren ehemaligen Betrieben die Kollektivierung rückgängig⁹. Nichts läßt den Machtverlust der Anarchisten deutlicher werden, als der Mangel an Widerstandspotential gegenüber der offensichtlich gegen die anarchistischen Realisierungen gerichteten Politik ihrer innerrepublikanischen Widersacher. Angesichts der »wirtschaftlich-finanziellen Offensive, die der internationale

Kapitalismus gegen die spanische Revolution startete¹⁰, der Gegnerschaft der kleinbürgerlichen Kräfte, der Volksfront-Organisationen sowie der Regierung, der zunehmenden Macht der kommunistischen Kollektivierungsgegner sowie der kriegsbedingten Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Republik – die ungünstigen verkehrswirtschaftlichen Verhältnisse und inneren Marktbedingungen der spanischen Industrie wurden nach dem 19. Juli 1936 potenziert – sind die Chancen zur Durchführung des anarchistisch-programmatischen Vorentwurfs der Sozialen Revolution im Sommer 1936 als äußerst gering anzusetzen. Was schließlich realisiert wurde, entsprach nur in den seltensten Fällen dem Zaragoza-Programm. »Alle diese Projekte, Abkommen und Realisierungen könnten – wenn man vom Kontext der Umstände absieht – rückschrittlich vom Standpunkt des integralen Sozialismus aus erscheinen. Und sie waren in der Tat gemäßigt. Aber 1937–38 ging es nicht darum, den integralen Sozialismus zu realisieren . . . Man mußte resigniert versuchen zu überleben und möglichst viel von der Fülle unserer Eroberungen zu erhalten«¹¹.

Die aufgezeigten restriktiven »exogenen« Bedingungen allein erklären noch nicht den rapiden Niedergang der Kollektivierungsbewegung, die – noch vor ihrer definitiven Liquidierung durch die Bürgerkriegssieger – bereits lange vor ihrer vollständigen Durchsetzung ihrer revolutionären Potenz verlustig gegangen war. Zum historischen Verstehen – das immer zugleich auch urteilende Reflexion von einem geschichtlich späteren Standort aus ist und die historische Erfahrung in sich aufnimmt – bedarf es vielmehr der Einbeziehung immanenter, »endogener« Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten, die eine vollständige Realisierung des anarchistischen Programms verhindert haben. Diese »endogenen« Schwierigkeiten und Widersprüche innerhalb des Anarchismus werden deutlich in den doktrinären Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern eines kollektivistisch-bakuninistischen und den Verfechtern eines kommunistisch-kropotkinianischen Anarchismus¹², die als latenter Konflikt seit Jahrzehnten die Diskussion über Taktik und Strategie des Anarchismus beherrscht, in der Zweiten Republik zum Bruch im anarchistischen Lager geführt und während des Bürgerkrieges beträchtliche Unterschiede bei den sozialen Realisierungen (vor allem auf dem Land) zur Folge gehabt hatten. Der Zaragoza-Kongreß hatte innerhalb der CNT dem radikalen anarcho-kommunistischen Prinzip zum Sieg verholfen. Die Versuche nach dem 19. Juli 1936 entsprachen in ihren von Kompromissen und Improvisationen geprägten Erscheinungsformen jedoch nicht so sehr anarcho-kommunistischen als vielmehr anarcho-kollektivistischen Entwürfen, obwohl auch diese nur selten in ihrer idealtypischen Form zur Durchführung gelangten. Ein wesentliches Hemmnis bei der praktischen Umsetzung der CNT-Vorstellungen war die aus Desorientiertheit¹³ und Unschlüssigkeit resultierende Unsystematik der sozialrevolutionär-anarchistischen Bewegung, die sich infolge des Zwangs zur Improvisation eher an lokalen Erfordernissen als an einem klaren Orientierungskonzept ausrichtete. Der deutsche Anarcho-Syndikalist Helmut Rüdiger, der seit Dezember 1936 Sekretär der IAA in Spanien (Barcelona) war, führt auch den politischen Mißerfolg der Anarchisten darauf zurück¹⁴, daß die CNT 1936 weder ein klares Konzept zur wirtschaftlichen Neustrukturierung des Landes hatte noch die organisatorische Voraussetzung zur Transformation

der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaft bot: Rüdiger schloß in seine Kritik nicht nur die oberen Entscheidungsinstanzen der CNT, sondern auch die Mitglieder an der »Basis« der Organisation mit ein: »Man wußte nicht, welchen Weg man einschlagen sollte. Es fehlte eine Theorie. Wir hatten eine Anzahl von Jahren im Banne von Abstraktionen verbracht« (S. 11). »Man verfügte weder über Ideen, Methoden, Prinzipien noch über Organe, die in der Lage gewesen wären, eine neue öffentliche Ordnung zu schaffen, die die alten Formen überwunden hätte« (S. 30). Ähnlich hatte sich Diego Abad de Santillán ebenfalls ein Jahr nach Kriegsende geäußert: »Auch in unseren revolutionären Reihen ist viel intensiver und mit mehr Vorliebe an der Vorbereitung des Aufstandes als an einer tatsächlich konstruktiven Vorbereitung gearbeitet worden«¹⁵. Als Versäumnis der CNT ist in diesem Zusammenhang die mangelhafte Vorbereitung ihrer Mitglieder auf die ökonomischen und politischen Führungsfunktionen herauszustellen, die sie in der intendierten nachrevolutionären Gesellschaftsformation zu übernehmen haben würden, wenn auch das Maß der individuellen und kollektiven Unzulänglichkeit des größtenteils unerfahrenen Personals in den Einrichtungen nur schwer abzuschätzen ist. In seinem geheimen Bericht an den außerordentlichen IAA-Kongreß von Dezember 1937 ließ Rüdiger als Delegierter des Sekretariats Barcelona jedoch keinen Zweifel daran, daß viele Anarchisten durch die neuen Aufgaben, denen sie sich in der Revolution gegenüberstehen, überfordert waren: »An vielen Stellen befinden sich Genossen, deren intellektuelle oder technische Fähigkeiten nicht den Anforderungen ihres Amtes entsprechen«¹⁶. Daß die politische Unerfahrenheit und die Vernachlässigung des staatlich-politischen Bereichs dem öffentlichen Wirken selbst höchster CNT- und FAI-Repräsentanten abträglich war, mußte auch J. Peiró nach seinem Ausscheiden aus dem Industrieministerium eingestehen: »Wir sind so ehrlich gewesen, daß wir uns wie ausgesprochene Naivlinge benommen haben«¹⁷.

Die Anarchisten wurden durch den Aufstand der Rechten nicht nur dazu gezwungen, »politische«, bisher stets bekämpfte Positionen zu übernehmen; sie mußten außerdem erkennen, daß ihre libertären Prinzipien in der proklamierten Unbedingtheit keine Realisierungschancen hatten. Angesichts der ökonomischen Lage des Landes und der militärischen Erfordernisse des Krieges war eine zentralisierte Leitung auf allen Sektoren unvermeidbar. Befehlshierarchie auf dem militärischen und zentralisierte Organisation auf dem wirtschaftlichen Sektor widersprachen jedoch der anarchistischen Konzeption ebenso wie die Einführung praktischer Zwischenstufen beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Den spanischen Anarchisten gelang es nicht, ihre föderalistisch-dezentralistischen und syndikalistisch-organisatorischen Vorstellungen rechtzeitig in Übereinstimmung mit der durch den Bürgerkrieg bedingten wirtschaftlichen Konzentration, politischen Zentralisation und militärischen Subordination zu bringen. In Zusammenhang mit der »Vermittlung zwischen Prinzipientreue und taktischer Notwendigkeit«¹⁸ versäumten sie es, die von ihrer Anhängerschaft erkämpften demokratisch-sozialistischen Errungenschaften zu einem Wirtschaftssystem auszubauen und dieses in effizienter Weise auf Kriegsbedürfnisse einzurichten. Statt dessen griffen sie auf das Mittel der »Legalisierung« der revolutionären Errungenschaften zurück, ohne

rechtzeitig zu erkennen, daß die staatliche Kontrolle schließlich zur Niederschlagung der Revolution führen würde.

Der im Zusammenhang mit der »Politisierung« des organisierten Anarchismus einsetzende Oligarchisierungsprozeß anarchistischer und anarcho-syndikalistischer Führungsgremien und die Einführung basisunabhängiger Entscheidungen führten zu einer Entfremdung zwischen den oberen Entscheidungsinstanzen und der CNT/FAI-Basis, deren spontane Bewegung nicht nur neben, sondern auch in der anarchistischen Organisation in Erscheinung trat, wenn sie auch von den oberen Entscheidungsgremien zuerst abwartend geduldet, nach einer Phase der Gewöhnung an die neue Situation systematisch in den Hintergrund zu drängen versucht wurde. Das von Robert Michels formulierte »eherne Gesetz der Oligarchie« blieb nicht ohne Einwirkungen auf die Entwicklung des spanischen Anarchismus von 1936–1939. Die Soziale Revolution der Anarchisten und linken Sozialisten erreichte in den ersten Monaten einige Nahziele, verlor dann in einigen ihrer führenden Exponenten den revolutionären Elan und mündete in eine Ordnung ein, die nach einer nur vorübergehenden Modifizierung des Herrschaftsapparates die freiheitlichen Hoffnungen und emanzipatorischen Ideale der Revolution unrealisiert ließ.

Bei der Durchführung ihres Entwurfs einer herrschaftsfreien Gesellschaft konnten sich die Anarchisten als »libertäre Sozialisten« nicht von den Tendenzen freihalten, die sie an den Organisationsmodellen bzw. der staatlichen Praxis der »autoritären Sozialisten« kritisierten: Bürokratisierung, Spontaneitätsverlust, Fortdauern von Herrschaft. Bei der Regelung von Konflikten kamen auch sie nicht ohne die Sanktionsgewalt einer »politischen« Regelungsinstanz aus; dabei wandelte die CNT im Verlauf des Krieges ihre Konzeption von einem revolutionären Syndikalismus zu einem revisionistischen Sozialismus. Der Prozeß der Politisierung und Oligarchisierung der oberen Komitees war dysfunktional für die Erwartungsbefriedigung der breiten Mitgliederbasis des organisierten Anarchismus und erzeugte nicht quantifizier- und evaluierbare, jedoch deutlich feststellbare oppositionelle Haltungen und Meinungen, die von den betreffenden Kräften (Jugendorganisation, Amigos de Durruti etc.) als funktional zur Erreichung ihrer revolutionären Zielsetzungen eingeschätzt wurden. Die von Max Weber am Ende jeder Revolution mit der »Veralltäglichen des Charisma« erwartete Schaffung einer Bürokratie, die auch die Revolutionäre 1936–1939 nicht verhindern konnten, läßt deutlich werden, daß das mit direktdemokratischen Vorstellungen getränkte Ziel der Sozialen Revolution auch im Spanischen Bürgerkrieg nicht erreicht wurde. Zu dem Versäumnis, die spontane Revolutionsbereitschaft der Massen nicht in Organisationsformen hinübergeführt zu haben, die die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften gesichert hätten, trug das ungeklärte Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Komitee bei; die entscheidenden Fehler der ersten Monate waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Bildung der 1931 beschlossenen Industrieföderationen von der zu lange in industriekapitalistischen Negationskriterien verhafteten FAI während der Republik verhindert worden war. Der Mangel eines klaren Industrie-Sozialisierungs-Konzepts, das während des Krieges überstürzt erstellt und realisiert werden mußte, hatte verheerende Folgen für die Anarchisten. Die Arbeitsstätten-Komitees wandten

sich längere Zeit gegen eine von den Gewerkschaften oder dem Staat durchgeführte Vergesellschaftung der Betriebe (»Sozialisierung«, »Syndikalisierung« bzw. »Nationalisierung«). Die berechnete Befürchtung, daß im Fall der Vergesellschaftung »von oben« oder »von außen« die Entfremdung des Arbeiters und seine Abhängigkeit nicht aufgehoben würden, führte in der Anfangsphase zu unkoordinierter Einzelkollektivierung und Betriebsegoismus. Der Widerstand vieler Belegschaften gegen syndikalistische oder staatliche Kontrolle der Betriebe resultierte auch aus der Überlegung, daß die angestrebte Demokratisierung der Wirtschaft nur das Ergebnis der von den Arbeitern selbst ausgehenden Demokratisierung der Betriebe sein könnte; nur die Verwurzelung der von der Betriebsbelegschaft gewählten Komitees in der sozialen Welt der Arbeiterklasse könnte den direkten und proletarischen Charakter der intendierten Demokratie garantieren. Die Einführung der Anfangsformen von Selbstverwaltung auf dem Niveau der »Mikro-Struktur« der Gesellschaft – dem Betrieb, der Kommune, dem Agrarkollektiv – konnte das allmählich stetige Vordringen bürokratischer Verwaltungsformen auf dem »Makro-Niveau« – in den oberen Entscheidungsgremien der Gewerkschaften und Parteien, den übergeordneten, nicht durch die Wählerbasis legitimierten Komitees, den zentralen politischen Institutionen – nicht verhindern. Nach einer unentschieden-dualistischen Phase unterlagen die Betriebskomitees als Organe einer unmittelbaren Basis-Wirtschaftsdemokratie den (zumeist staatlichen) Bestrebungen zur Aneignung weitgehender Regulierungs- und Entscheidungskompetenzen. Die historisch-konkreten Rahmenbedingungen einer Bürgerkriegssituation haben zwar fördernd auf diese Entwicklung eingewirkt und die volle Entfaltung der Selbstverwaltung, d. h. die Anwendung direktdemokratischer Prinzipien an der Basis mit all ihren administrativen und politischen Implikationen erschwert, waren jedoch nicht ausschließlich für die Drosselung dieses sozialen und wirtschaftlichen Experiments verantwortlich. Vielmehr trugen einerseits die Arbeiter selbst durch das heterogene, häufig unkoordinierte Nebeneinanderwirken der verschiedensten Komitees, durch »soziale Disziplinlosigkeit« und bewußte Mißachtung gesetzlicher Vorschriften, durch Betriebsegoismus und sinkende Arbeitsproduktivität¹⁹ dazu bei, daß die Phase des betrieblichen Laissez-faire von einer Periode staatlicher Kontrolle abgelöst wurde, die schließlich in die fast vollständige Abhängigkeit der Betriebe von staatlichen Leitungsorganen einmündete; andererseits förderte die CNT, die bereits 1937 das kommunistische Programm der Nationalisierung der Grundindustrien, Errichtung von Genossenschaften und privatwirtschaftlicher Weiterführung der kleineren Betriebe weitgehend übernahm, in Ermangelung eines klaren, von den oberen Entscheidungsgremien und den CNT-Mitgliedern in den Betrieben gemeinsam vertretenen Konzepts die Aushöhlung und allmähliche Aufgabe demokratischer Errungenschaften der Arbeiter. Schließlich verteidigte sie nicht mehr Ideen, sondern versuchte nur noch Positionen zu halten.

Das Industrieproletariat Kataloniens und große Teile des Agrarproletariats der republikanischen Zone befanden sich im Sommer/Herbst 1936 in der durch äußere Feindseligkeiten und Gegnerschaft aus dem eigenen Lager stark behinderten Entwicklung auf die Herstellung der Bedingungen des Sozialismus

und im Übergang zu einer neuen Phase der Machtverteilung auf die Basis der gesellschaftlichen Gliederung. Die restriktiven politischen, gesellschaftlichen und militärischen Bedingungsfaktoren ließen die Chancen zur vollen Durchsetzung der Doktrin eines humanen Selbstverwaltungssozialismus und autonomer Selbstbestimmung auf lokaler Ebene von Anfang an auf den Nullpunkt sinken. Die Vision einer sich selbst verwaltenden, repressions- und staatsfreien Gesellschaft erwies sich bei den gegebenen Machtverhältnissen sowie angesichts der militärischen Notwendigkeiten und der Anforderungen des Krieges als nicht praktikabel. Es bestand jedoch durchaus die – in den ersten Monaten auch partiell genutzte – Chance, den Gedanken der Selbstbestimmung im gesamten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben stärker Geltung zu verschaffen. Diesen demokratischen Aktionsraum über kriegsbedingte Erfordernisse hinaus systematisch eingeengt zu haben, ist den Volksfrontparteien anzulasten, ihn nicht voll genutzt zu haben, ist das Versäumnis der Anarchisten. Die Ansätze zu einer sozialen, noch in elementaren Lernprozessen befindlichen Demokratie waren bereits vor Beendigung des Bürgerkrieges unterdrückt worden. Den Gedanken einer mit sozialem Inhalt angefüllten Demokratie an der Basis der Gesellschaft in die Praxis umzusetzen, war Chance und zugleich Versäumnis der Träger der Sozialen Revolution im Bürgerkrieg; in diesem Sinne ist die spanische Revolution unvollendet geblieben und »immer noch Verpflichtung und Aufgabe«²⁰.